

Der Geist Liebfnechts lebt!

Genosse Doriot gegen den Marokkfeldzug

Genosse Doriot, der in der französischen Kammer gegen den Marokkfeldzug sprach, wies im Eingang seiner Rede darauf hin, daß die „pazifistische“ Vorkriegsregierung jetzt nach dem Gemeinwohl, wo die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung sich für den Frieden ausgesprochen hat, es wagt, einen blutigen Krieg vom Jaun zu brechen. Es handelt sich in Marokko nicht, wie die Imperialisten glaubhaft machen wollen, um einen „leinen Angriff der Rifstämme“, sondern

um eine Revolte der von Frankreich unterdrückten Marokkaner,

die die von Frankreich ausgehenden Rifstämme unterstützen. Eine große Pariser Bank hat ein besonderes Interesse am Rifgebiet. Es handelt sich um die Bank, deren Direktor Herr Finais ist. Die Banque des Pays Bas besitzt Aktien im Werte von 250 Millionen von den marokkanischen Unternehmungen. Die französische Aktion in Marokko

bringt die ganze islamitische Welt gegen Frankreich auf.

Hier wird der Redner von den Nationalisten zum erstenmal unterbrochen. Herrriet ruft: „Internationalist zu sein, heißt nicht, Franzosenfeind zu sein!“ Genosse Renaud-Jean erwidert:

„Auch von Jaures wurde behauptet, er sei deutscher Agent.“

Doriot (fortfahrend): „Sie sehen Ihr Werk der Unterdrückung der Kolonialvölker. Eines Tages werden sich aber diese gegen Sie auflehnen.“

Die gesamte Rechte brüllt vor Wut. Die nationalistischen Anführer werden von einigen Sozialdemokraten durch Handstreichungen aufgehalten. Die Protestmarke Herrriets werden von den Sozialdemokraten unterstützt. Herrriet: „Die Worte Doriot werden in gewissen Kreisen verbreitet werden. Sei uns lösen sie nur Verachtung aus.“

Doriot: „Ich denke an die kolonialen Soldaten, die im Kriege gefallen sind für eine Sache, die nicht ihre Sache war.“

Der Sozialdemokrat Clouat ruft dazwischen: „Sie haben auf dem Kongreß der Comités behauptet, daß die kommunistische Partei die Aufstandsbewegung in den Kolonien entfacht hat.“

Doriot: „Ich habe im „Quotidien“ (sozialdemokratische wöchentliche Zeitung) gelesen, wie hätten Abd el Krim versprochen, am 1. Mai in Paris die Macht zu ergreifen. Das sind Phantasien.“



Einheitsfront - wie bei uns!

Genosse Doriot: „Wir unterstützen diese Bewegung. Das habe ich bereits gesagt und erkläre es noch einmal.“

Sozialdemokrat Clouat: „Haben Sie die Rifstämme aufgewiegelt?“

Doriot: „Es gibt in Tunis eine Partei. Wir unterstützen sie, auch wenn sie uns angreift. Wir unterstützen auch die Gewerkschaftsbewegung in Tunis. Das habe ich auch auf dem Kongreß in Moskau gesagt.“

Ministerpräsident Painlevé: „Seien Sie doch nach, was Sie in Kugelland gesagt haben.“

Doriot: „Ich habe unsere Stellung über Marokko am 2. Februar präzisiert. Meine Partei ist für die militärische Räumung Marokkos.“

Unsere Forderung ist: „Marokko den Marokkanern.“

Wir freuen uns, daß die unterdrückten Eingeborenen sich vom Druck der französischen Banken befreien. Jawohl, sie haben das Recht, gegen die französischen Profitmacher Krieg zu führen.“

Die Marokkoaffäre ist die blutige Einleitung einer Reihe von Kolonialkriegen, wenn nicht des Weltkrieges selbst. Wir fordern, daß sofort Unterhändler entsandt und die Unabhängigkeit der Rifstämme, die bereits seit Jahren existiert, anerkannt wird. Solange wir in Marokko Blutgeneräle haben werden, wird der Frieden immer gefährdet. Die französischen Soldaten und die Eingeborenen sterben zu Tausenden durch die Tollheit der Generale.

Ungehörter Lärm. Ministerpräsident Painlevé: „Ihre Worte verdienen die Verachtung der Kammer.“

Doriot: Die Diskussion in Marokko dient der Banque de Paris; während die Soldaten fallen und die Eingeborenen leiden, verdient die Bank. Zu den Sozialdemokraten gewendet: „Sie wollten doch in der Marokkofrage den Völkerbund anrufen. Der Krieg dauert bereits seit einem Monat, der Völkerbund aber ruht sich nicht. Ihr Genosse Paul Boncour ist ja beim Völkerbund in Genf. Unsere Partei wendet sich an Sie und schlägt Ihnen eine gemeinsame Aktion vor, um den Frieden mit den Rifstämmen, die Unabhängigkeit der Rifstämme und die Räumung Marokkos zu erreichen. Die Sozialdemokraten stimmen für die Kredite für Marokko. Damit erteilen sie Herrriet ihre Unterstützung für den Krieg. Das hat auch das Organ der linken Sozialdemokratie „L'Éclair“ geschrieben.“

Renaud-Jean: „Wenn die linken Sozialdemokraten mit Ihnen einverstanden sind, dann können sie ja mit Ihnen gehen.“

Doriot: Wir schlagen Ihnen die proletarische Einheitsfront vor. (Die Sozialdemokraten antworten mit einem Murrgebrüll.) „Sie sehen also vor, sich den Banken anzuschließen. — Die französischen Soldaten fühlen sich in Marokko viel näher zu den Eingeborenen als zu der Regierung, die sie dorthin geschickt hat.“ — Herrriet unterbricht den Redner. Die Rechte fordert die Entziehung des Wortes.

Doriot: „Sie zweifeln also daran. Ich werde Ihnen also den

Brief eines Soldaten

vorlesen, den Sie nach Marokko geschickt haben.“

Herrriet: „Herr Doriot, Sie haben nicht das Recht, im Namen der Soldaten zu sprechen.“

Bailliant-Couturier (AP): „Bringen Sie doch die Soldaten selbst her!“ — Herrriet (vor Wat Schnaubend): „Herr Bailliant-Couturier, ich rufe Sie zur Ordnung! Im offiziellen Parlamentsbericht wird als das aus der Rede Doriot, was die Marokkaner Truppen schädigen könnte, gestrichen.“ Einige Sozialdemokraten applaudieren.

Renaud-Jean (AP): „Das Parlament wird also zensuriert!“

Doriot erinnert an

das Beispiel der französischen Marinesoldaten im Schwarzen Meer.

Die Kommunisten erheben sich, um dem anwesenden Genossen Marx eine Ovation zu bereiten.

Doriot: „Unsere Kameraden werden sich daran erinnern, daß auch die spanischen Soldaten mit den Rifstämmen Gespräche angeknüpft haben.“

Herrriet bezeichnet die Worte Doriot als verabscheuungswürdig und droht, ihm das Wort zu entziehen.

Doriot: „Ich will Ihnen sagen, was ich denke, und was zahlreiche Soldaten mit mir denken. Ich will es wiederholen, Morgen, wenn die Soldaten an der Front erfahren werden, daß im Inneren Frankreichs das Volk, die Arbeiter, die Bauern, ebenso wie sie, die Soldaten, den sofortigen Frieden mit den Rifstämmen wünschen, und daß die französische Regierung sich weigert, in dieser Richtung auch nur einen Schritt zu tun, werden sie sich nicht mehr an Sie gebunden fühlen. Dann werden sie selbst nach Mitteln suchen, den Krieg zu beenden, den Sie fortsetzen wollen. Sie werden sich daran erinnern, daß auch die Marinesoldaten im Schwarzen Meer sich geweigert haben, auf die russischen revolutionären Arbeiter zu schießen, daß die französischen Soldaten im Ruhrgebiet sich mit den Deutschen verbündet haben, daß die spanischen Soldaten keine Angst hatten, mit den Rifstämmen zu sprechen. Sie werden ihre Bruderhand denen entgegenrecken, die Sie hier als Feinde bezeichnen. Dann werden die Soldaten ihnen den Frieden aufzwingen.“

Renaud-Jean (AP): „Das wird dazu dienen, daß einige Soldaten Hunger sterben.“

Herrriet schlägt vor, dem Genossen Doriot das Wort zu entziehen. Für den Antrag stimmt die Rechte, die Radikalen und ein halbes Dutzend von den Sozialdemokraten, unter ihnen Renaud-Jean. Bei der Gegenprobe stimmen die Kommunisten und Ernest Valont gegen den Antrag. Die Mehrheit der Sozialdemokraten hat sich der Stimme enthalten.

Die kommunistische Fraktion stimmt die „Internationale“ an

Die Sitzung wird unterbrochen. Nach Wiedereröffnung erklärt Doriot: „Meine Herren! Meine Rede endete mit einem Appell an die Soldaten. Jawohl, mit einem Appell an sie, sich mit dem Feind zu verbünden.“

In der „Humanité“ schreibt Genosse Renaud-Jean zu dieser denkwürdigen Kammerdebatte: „So kann die Kammertribüne wirkungsvoll im Interesse einer revolutionären Aktion ausgeutzt werden. Es ist charakteristisch, Renaud-Jean, der Sozialdemokrat, der einmalige Ritterkämpfer Jaures, hat es nicht gewagt, auch nur den Namen des sozialistischen Vorkämpfers gegen das Marokko-Abenteuer zu nennen. Doriot hat den Imperialismus entblößt, wie es einem Revolutionär, einem Leninisten ziemt.“

Die französischen Soldaten singen die „Internationale“

Paris, 29. Mai. Die „Humanité“ veröffentlicht den Brief eines Soldaten aus Marokko, der nach Marokko eingeschickt wurde. Im Brief lesen wir: „Unterwegs hatten wir einige kleine Anfechtungen mit den Wachen, die uns begleiteten. Sie waren nicht besonders darüber begeistert, daß wir jedesmal, wenn wir eine Station verließen, die „Internationale“ anstimmten. Es ist überflüssig zu sagen, daß auch unsere fortwährenden Rufe: „Nieder mit dem Krieg! Es leben die Rifstämme!“ ihnen nicht besonders angenehm war. Gegen die Übermacht konnten sie aber nichts machen. Sie waren zehn Mann, wir aber in sieben großen Waggons ungefähr 600 Soldaten.“

Spanischer Hafenarbeiterstreik gegen den Marokkfeldzug

Lissabon, 30. Mai. Wie aus Spanien, trotz der Militärgensur, bekannt wird, ist in Algeciras an der spanischen Südküste ein großer Hafenarbeiterstreik ausgebrochen, der die Militärbehörde sehr beunruhigt, so daß technische Truppen hingedandt worden sind.

Paris, 30. Mai. Vor der Abstimmung hat in der Kammer noch der kommunistische Abgeordnete Cahin gesprochen. Er erinnerte an das Angebot von der französischen Regierung anerkannter Kuchi der Selbstbestimmung der Völker. 300 Millionen Rußlandmanen in der Welt von den kapitalistischen Großmächten des westlichen Kapitals unterdrückt. Die Marokkaner, die jetzt gegen Frankreich kämpfen, verteidigen ihren Boden. Die kommunistische Partei und auch Jaures haben das französische Marokkoabkommen nie anerkannt. Die Befreiung Marokkos hat Frankreich seit 21 Jahren ungeheuer viel Opfer an Blut und Geld gekostet. Die Arbeiter und Bauern wollen den schnellen Frieden in Marokko.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Renaud-Jean erklärte, er verlange nicht die Räumung von Marokko und auch nicht wie die Kommunisten die Delegation der Soldaten. Die Rede Cahins machte auf die Kammer einen tiefen Eindruck. Außenminister Briand war gezwungen, mit ihm ausführlich zu polemisieren. Er behauptete, daß Frankreich in Marokko eine „zivilitätische Tätigkeit“ ausübe, um mit Spanien zusammen die Unabhängigkeit des Rifgebiets zu garantieren (?). Vor der Abstimmung gab es Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Begegnenderweise gingen die Sozialdemokraten noch im letzten Augenblick auf ein weiteres Kompromiß ein, indem sie aus ihrer Tagesordnung sogar eine Kennzeichnung des Kolonial-Imperialismus in Worten wegließen. Wie aus dem offiziellen Abstimmungsergebnis hervorgeht, stimmten außer den 26 Kommunisten keiner Fraktion angehörende Abgeordnete gegen den Marokkfeldzug. 20 Abgeordnete, darunter 6 Sozialdemokraten und Herrriet, enthielten sich der Abstimmung.

In Marseille wurden 2 Kommunisten verhaftet, als sie sich anstehen, Flugblätter gegen den Marokkfeldzug an die Bauern zu lassen.

1918 befehlen die Sozialdemokraten ein Reich von Arbeiterkräften. Aber da sie „konstruktive“ „Sozialisten“ waren, so schwärmten sie für „Demokratie“. Sie ließen die Arbeiterkräfte bis zum Jahre 1924 neugierigen, eingehenden Bemerkungen nur zu dem Zweck, um den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und uhen sich lieber in parlamentarischen Kunststücken und Jugendheerzeln. Jeder echte Deutscher ist zwar, ob jung, ob alt, noch der Stolz der Sozialdemokraten, unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, so daß eine Diktatur der Sozialdemokratie in Wirklichkeit eine Demokratie für die Ausgebeuteten gemeldet wäre. Aber als „konstruktive Sozialisten“ zogen sie einer wirklichen Demokratie, nämlich der proletarischen Diktatur, der Demokratie für die tiefe Mehrheit des Volkes, die formale Demokratie vor, das heißt, die Diktatur der Bourgeoisie, die Demokratie für die Reichen.

Der Finanzminister dieser Diktatur der Bourgeoisie heißt Hertzer, ist ein offener Falsch, und schöpft die sowieso schwer geschöpften, hungrigen arbeitslosen Massen.

Die Arbeiterkräfte sind aufgelöst, aber dafür demonstrieren die Sozialdemokraten ihre „Macht“ im Parlament durch Trompetenschall, Anarzen mit Rufen und durch Dauerreden. Das finden sie für das „natürliche“, nachdem sie die volle tatsächliche Macht besitzen haben und sie, als echte Lafaien des internationalen Finanzkapitals, für leere Versprechungen des „Völkerbunds“ mit Wollast der Bourgeoisie übergeben haben.

Die wirkliche Macht aber hat in Oesterreich der holländische Bürgermeister Zimmermann, der Kommissar des „Völkerbunds“, nach dessen Pfeile alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie tanzten. Das ist das Resultat der „Realpolitik“ jener Fauer, Adler, Renner, Seis und Konsorten. Die 1919, als westlich von ihnen die Münchner, östlich die ungarische Käterpublik bestand, als in Italien die Arbeiter, und breiten Souveränitäten offen mit der Revolution sympathisierenden, als in Deutschland noch kein blutiges Meuterehandwerk noch nicht vollendet hatte, als in Oesterreich selbst die Arbeiter bewaffnet waren und ein gutes Arbeiterbrot begehren, entzogen, ihren Renner auf Bettelreisen zu Clemenceau und Wilson zu schicken, und ihnen Loyalität zu schwören, um sich nur ja nicht in die Front der Revolution einzureihen.

Wäre diese Front 1919 durch ein rotes Oesterreich geschlossen worden, so würde heute die ganze Welt anders aussehen. Aber die Renner, Fauer, Adler und Co. trieben „Realpolitik“ — und die Reaktion herrscht nicht nur in Oesterreich mit seiner „Starken“, in Wirklichkeit ohnmächtigen, weil bürgerlichen Sozialdemokratie, wie in ganz Europa, wie über all, wo die Sozialdemokraten „Realpolitik“ getrieben haben.

An diese sehr nützliche Lehre sollten die sozialdemokratischen Arbeiter denken, wenn sie sich fragen, wie Sohlen, das unter Wilhelm und unter Friedrich August rot war, unter Bud, Uviniski, Max Müller, Klejner, Betsche, Arsl, Wirth, Hellisch, Liebmann und wie alle die rechten und linken „sozialdemokratischen“ Helben heißen mögen, schwarz-weiß-rot geworden ist.

Die SPD-Arbeiter mögen sich fragen, ob nicht die Kommunisten von Anfang an Recht gehabt haben mit ihren Prophezeien über die „Realpolitik“ der SPD, und sie mögen dann die nötigen Schlüsse ziehen.

Die französische Inflationsgefahr

London, 30. Mai. „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit der französischen Finanzlage und den Sanierungsplänen Caillaux und erklärt, daß der schwache Punkt dieser Pläne an Coilloux liege, daß auch in diesem Jahr das französische Budget noch nicht ins Gleichgewicht gebracht werden könne, sondern daß ein Defizit von 1600 Millionen Franken auf das nächste Jahr hübergenommen werden müsse. Die bisherige französische Finanzmethode werde durch dieses Verfahren fortgesetzt. „The Minister Gazette“ schreibt, daß der gegenwärtige Finanzkurz auch im Auslande großes Interesse erwecke. So lange Frankreich sich aber den Luxus einer ungerechtfertigten Bekämpfungspolitik und kolonialer Abenteuer gestattet, sei auch an die Restaurierung der französischen Finanzen nicht zu denken.

Die Terrorherrschaft der Bankbanditen

Horde und neue Todesurteile.

Sofia, 30. Mai. Wie jetzt bekannt wird, ist der frühere Minister im Stambulinski-Kabinett, Peter Janew, sowie der frühere Präsident der Sobranje, Alexander Potew, in die Gefängnisse gebracht worden, als sie aus dem Gefängnis in Sofia nach Kiew entflohen verbracht werden sollten. Die beiden waren nach dem Anschlag vom 9. Juni 1923 verhaftet und zu 10 Jahren Kerker verurteilt worden.

Sofia, 30. Mai. Das Kriegsgericht in Plovdia hat die kommunistischen Verschwörer Petrow, Marzavala, Hubensow und Gentschew zum Tode durch den Strang und zu einer Geldstrafe von insgesamt 500 000 Lewa verurteilt.

Die Aufstandsbewegung in China

WZS, meldet: Schanghai, 1. Juni. Gestern abend fand hier eine sehr erregte Versammlung der chinesischen Handelskammern statt, an der etwa 1500 Studenten und Arbeiter teilnahmen. Der Kammervorsitzende wurde gezwungen, einen Aufruf zu unterzeichnen, in dem für heute der Generallstreik erklärt wird. Die Versammlung sollte ferner eine Reihe extremer Entschlüsse fassen, u. a. folgende: Boykott der ausländischen Banken und Banknoten, Kontrolle der städtischen Polizei durch Chinesen, Jurisdiktion der ausländischen Kriegsschiffe aus dem Gebiete der Huangpuflusses, Freilassung der verhafteten Arbeiter, Bekämpfung der Mörder der Studenten und Arbeiter, Entschädigung für die Opfer der Unruhen und einseitige Einstellung der ausländischen Steuererhebung. Einer der Redner in der Versammlung, ein Arbeiterführer, der mit großer Erregung gesprochen hatte, brach mitten in seiner Rede zusammen. Die Studenten versammelten sich heute früh 11 Uhr, als der Streik beginnen sollte, in der Hauptstraße und gingen gegen die Polizei zum Angriff vor, wurden jedoch von dieser mit Feuerlöschmaschinen zurückgetrieben. Die Auftritte riefen das Pfaffen auf und bewarfen die Polizei mit einem Hagel von Steinen, worauf diese in die Menge hineinfuhrte. Hierbei wurden fünf Personen ernstlich verwundet. Der Ausnahmezustand wurde proklamiert. Die Menge wurde zerstreut. Die Studenten versuchten die Arbeiter in den lebenswichtigen Betrieben zur Teilnahme am Streik zu bewegen.

Aus der Partei!

Die letzte Sitzung des Zentralausschusses hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Z.A. beschließt: eine Kommission von 5 Genossen zur Nachprüfung der in den letzten Monaten durchgeführten Ausschlußverfahren einzusetzen, soweit gegen diese Verfahren Beschwerden eingebracht wurden oder bis zum 15. Juni eingebracht werden. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde der Genosse Otto Gelsche bestimmt. Alle Aufschriften sind an die Adresse des Genossen Otto Gelsche, Berlin C. 54, Rosenfelder Straße 38, zu richten.“

Zu dem einmaligen durch man heral deutsche G welche ang für einen Bürgerkrieg die das D solchen Th Wir Ar

fernzubel Schloß de und was le geboten w durch solch gläubig bleibe doch welche deut nimmt. Dr. A. H erste leben möllen aud

Wusst kommunalen 7,30 Uhr im

Arbeiter

Der te demokratische Schärfe die lud. Heute, ist, hat sich teil, man in Berlin man es den hat auf R nahmen.

Das mittags 1,30 werkes, verb keinen Imb und der Stad dieser Frats demokratische Ratemittglied zu bringen f vorordneten-stimmt hat. Die Elektriz Die Sozial haben ander ausfühlt U fand das F sichtigung an dak an der und tront F Lichtüberne Obwohl er f heimlich, hat geschaut. Die schwarz-rot-g Ganze war gel-e- und neben ein F das Kaffeele manfalls un rekrutierte h Dienstmädche bere! 30 W die Fraktionl ne“ u.

hatten und Um den Zuf lhan am Tag es die Arbet Finanzstellen winder aus B hinaus, den Kern konnte lichten besha Feendigung rani auf.

Sole Ju Abend den E ober nicht er gesprochen, falls der SP mit der Begr Wurt selbst t Kopie August schwindar von heiter des W die Fenster de die aufgetrag Von den des Seelides Wir hoffen a Neftensens Ube Die zur Dien ihre sira acht Platte die fü

Wus diese wenn es gilt, keine Summe Arbeiter, nächsten Bah



Dresdner Volkszeitung und Arbeiterwort

(Von einem Arbeiterportier.)

Zu dem Verhalten der Dresdner Volkszeitung ist einmal Stellung zu nehmen. Für unseren Arbeiterport, der durch gute Pressearbeit zur Höhe gelangen kann, hat man herlich wenig übrig, um so mehr aber für bürgerliche deutsche Gelangverehrung. Wie kommt eine Zeitung, welche angeblich proletarische Interessen zu vertreten, dazu, für einen nationalen Kammel — das Bundeslangerleht der Bürgerlichen ist das zweifello — Reflamde zu schlagen? Die Dresdner Nachrichten bringen Berichte davon, daß das Deutschlandlied mächtig erschallen möge usw. Mit solchen Phrasen bereitet man schon auf das Kommende vor.

Wir Arbeiterportier betrachten es als unsere Pflicht, diesem Klamant

fernzu bleiben. Die Volkszeitung aber schlägt den Ton vom Schlage der Dr. R. R. mit an und preist die Getränkehallen und was sonst noch für Kitzel, der dem verblendeten Spieler geboten wird. Wäre dieser Raum, der da vergeudet wird, nicht viel dienlicher für unseren Arbeiterport, welcher eben durch solches Verhalten noch weit hinter gelassen ist. Ich glaube doch kaum, daß ein Leser der Dr. R. Interesse an diesen deutschen Tagen hat, um so mehr aber wissen möchte, welche Entwicklung der ihm nahe liegende Arbeiterport nimmt. Darum protestieren wir gegen das Verhalten der Dr. R. Hier klassenbewusste Arbeiter, dort Kapital. Fürs erste sehen wir alles ein, gegen letzteres kämpfen wir und wollen auch von deren Veranstaltungen nichts wissen. R. R.

Einwohner Dresdens.

Auskunft über Fürtorge, Wohnungs-, Steuer- und alle kommunalen Angelegenheiten wird jeden Mittwoch von 4 bis 7,30 Uhr im Parteibureau Infobogale 15 erteilt.

Beizeitung RPD.

Arbeiter, seht euch eure Führer an!

Wer kennt nicht den Sturm der Entrüstung im sozialdemokratischen Blätterkreis, wenn in der Vorkriegszeit eine Behörde die Parlamentarier zu einem trahischen Schmaus einladet. Heute, nachdem die Sozialdemokratie gelegentlich im Gebot ist, hat sich der Sturm bei solchen Anlässen selbst im Gewand der Gerechtigkeit, man macht jetzt trahisch mit. So wie die Großen der SPD in Berlin bei Forman mit Diner zusammenkamen, so kann man es den Kleinen auch nicht verzeihen, wenn sie ein Abendbrot auf Kosten des Betriebsamtes der Stadt Dresden einnehmen.

Das Betriebsamt hat am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4,30 Uhr eine Besichtigung des städtischen Elektrizitätswerkes, verbunden mit Lichtbildvortrag, und Reichung eines kleinen Ambrilles für die sozialdemokratische Fraktion des Rates und der Stadtverordneten veranstaltet. Der Grund zur Einladung dieser Fraktion dürfte jedenfalls darin liegen, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit den sozialdemokratischen Ratmitgliedern die wichtigsten Fragen schwer unter einen Hut zu bringen haben. Wir haben schon öfters erlebt, daß die Stadtverordneten-Fraktion gegen die Beschlüsse der Ratfraktion gestimmt hat. Bei der Einsetzung eines neuen Direktors bei den Elektrizitätswerken soll es sich ähnlich verhalten haben. Die Sozialdemokraten im Verwaltungsrat und Ratkollegium haben anders gestimmt, als die Sozialdemokraten im Rechtsausschuss. Um nun die Gesellschaft unter einen Hut zu bringen, fand das Betriebsamt einen Ausweg. Man legte eine Besichtigung an, lichte in dem Vortrag theoretisch nachzuweisen, daß an der Spitze des Wertes tüchtige Männer stehen müssen, und traf sich dann in trauter Uebereinstimmung zu. Der Lichtbildvortrag fand im Speiselaale der Arbeiterkassette statt. Obwohl er sich in einem herrlichen (unbeweinten) Zustand befand, hatte man an diesem Tage den Raum feierlich ausparat. Die Weinwand zum Vortrag wurde umrahmt mit schwarz-rot-goldenem und schwanzgefemten Rahmen. Das Gewand war mit grünen Blumen dekoriert, die Tische des Speiselaales und auf dem Serviertisch standen kalte Platten, daneben ein Kaffeebier (circa 60 Liter), auf einem weiteren Tisch das Kaffeeliege. Das Hotel Kuntendorf hatte zwei Kaffeekonserven und einen Kellner. Das übrige Bedienungspersonal rekrutierte sich aus drei Mädchen der Wertofabrik und den Dienstmädchen des Betriebsamtes. Auf den Tischen lagen bereit 30 Kaffeebecher und daneben ein Bierglas. Leider waren die Fraktionen nicht voll erschienen, es waren circa 20 Personen anwesend. Sobald die Herrschaften die Plätze angenommen hatten und der Vortrag begann, wurde auch schon serviert. Um den Aufenthalt angenehmer zu machen, hatte der Direktor schon am Tage zuvor einen Ventilator einbauen lassen. Wenn ein Arbeiter die Herrschaften vorbegeht, wäre er bestimmt aus finanziellen Gründen verlangsamt worden. So hielt man nun wieder aus bis abends in die größte Stunde, ja sogar darüber hinaus, denn die Stadtverordnete Raaf und der Stadtverordnete Kern konnten sich des fahlen Nalles nicht genug tun und heuchten deshalb mit einigen Herzen der Betriebsleitung nach Beendigung des Schmauses ein noch benachbartes Restaurant auf.

Die Jungen im Werte behaupten, daß man an diesem Abend den Wagnis Lohnzulage, den die Gemeinlichkeit gefordert, aber nicht erhalten hat, verkraften habe. Weiter wird davon gesprochen, daß auch ein Mitglied des Betriebsrates, der gleichfalls der SPD angehört, die Einladung zu diesem Schmaus mit der Begründung abgelehnt habe, er könne sich kein Kaffeebrot selbst kaufen. Ein altes Wohlstandes der SPD, mit dem Kaffee August Bedels und den Worten „Kaffee macht“ wurde scherzhaft von dem Kaffeebrot nicht respektiert. Die Arbeiter des Wertes, die nachmittags Gelegenheit hatten, durch die Fenster des Speiselaales die Aufmachung zu sehen, konnten die aufgeregten Seiten wie eine gute Morgens an.

Von den Arbeitervertretern hat nicht ein einziger während des Besuches einen Arbeiter nach seiner sozialen Lage gefragt. Wir hoffen aber, daß sie sich bei den Direktoren während des Beschlusses über die soziale Lage der Arbeiter erkundigt haben. Die zur Dienstleistung bezuggebenen Hilfskräfte erhielten für ihre circa achtstündige Tätigkeit neben einem Kaffee pro Person die städtische Bezahlung von 2 Mark pro Person.

Aus diesem Vorkommnis ist zu ersehen, daß die Direktoren, wenn es gilt, die Zustimmung der Stadtverordneten zu erhalten, keine Summe scheut.

Arbeiter, merkt euch dieses Verhalten eurer Führer bei der nächsten Wahl.

Die Rolle der Kirche im Klassenkampf!

(Von einem Freibauer)

Die Bourgeoisie baut ihre Machtpositionen aus. Als Grundlage für sie ist die notwendige Aufbau betrachte die Reaktion, wie sie auch vorher in seiner Programmatik erklärte, die Kirche und die Religion. Mit anderen Worten, Schule und Kirche sollen die Blügelstützen für die kapitalistische Weltanschauung, als Stützpunkt der Reaktion mehr als bisher Bedeutung finden. Man arbeitet daher mit allen nur denkbaren Mitteln, um das Ansehen der Kirche wieder mit dem Kräfte in den Vordergrund zu stellen, damit sich die arbeitende Bevölkerung durch die ständige Beeinträchtigung der schrankenlosen Ausbeutung gefügiger zeigt.

Die Kriegs- und Nachkriegszeit hatte Millionen von Arbeitern die Augen geöffnet über den inneren Wert der Kirche. Hunderttausende gerieten über den inneren Wert der Kirche teilnahmslos derleißen gegenüber. Wie weit das Vertrauen ging, zeigen uns deutlich die kirchlichen Wahlen. Nur 1 Frau ging überhaupt zur Wahl (d. h. von 100 Wahlberechtigten über nur 1 das Wahlrecht aus). Die Kirche stand vor der Frage, mit ihr zugleich der Kapitalismus. Wir leben also, will die Bourgeoisie leben, muß die Kirche Einfluss auf die arbeitende Bevölkerung ausüben können. Das Leben der Bourgeoisie bedeutet aber für den Arbeiter grobe Steuererhöhung; niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, hohe Steuern usw. sind die Auswirkungen, so lange, als der Kapitalismus sich am Leben erhalten kann. Hieraus geht deutlich hervor, wenn er als Mensch gemertet sein will, muß er den Kapitalismus und mit ihm einen seiner wichtigsten Stützpunkte, nämlich die Kirche, beleistigen. Während man für die Kirche Gelder über Gelder bewilligt, hat man für Erwerbslose, für Sozial- und Altersrentner keine Mittel zur Verringerung der Not zur Verfügung. Die Bourgeoisie hat doch auch kein Interesse am Leben der Rentner, die mühen beten und arbeiten und dabei hungern. Interesse haben sie aber an ihrem Leben, d. h. nicht arbeiten und gut leben und dann nimmt sie am Ende auch das Leben mit in Kauf. Weil sich ihre Positionen jetzt etwas gefestigt haben, sieht man sie wieder am Sonntag demonstrierend zur Kirche ziehen. Sie danken dort ihrem Gott, daß dank des kirchlichen Einflusses von früher her die Proleten so rüchändig waren und sie nicht dort hin befördert haben, wo sie hin gehörten. Im Kriege bekamen die Kapitalisten, mit ihnen die Kirche, die Arbeiter zum Nord von Arbeitskräften auf. Die Waffen jeder Konzeption haben zu all diesen mahnenden Bestimmen ihre Zustimmung und ihren Segen. Ja sie erklärten sogar vor Gott die Verantwortung tragen zu wollen. Wohl gemerkt, damals ging es in der Hauptsache um Proletenleider. Ausgehende haben wie haben, die, ohne sich gegenständig je etwas zu Leide getan zu haben, auf Befehl der Kapitalisten sich gegenständig abzumachen. Zu diesem Wort von Millionen unleser Klasse gab die Kirche ihren Segen.

Als aber nach dem Zusammenbruch die Kriegshetze und Volksausbeuter in Gefahr kamen, den Lob für ihre Verbrechen zu beten, da stellte sich die Kirche lächelnd vor sie hin, so sie verurteilt heute sogar, daß ein Arbeiter so viel Lohn verlangt, daß er mit seiner Familie ein Auskommen hat. Sie predigt heute Wirtschaftsstreben anstatt öffentlich Protest gegen die menschenwürdige Behandlung der Proleten in Betrieb und Werkstatt zu erheben. Die Kirche ist eben nur ein Stützpunkt der Ausbeuterklasse, deshalb ist und wird sie nur die Interessen der Bourgeoisie vertreten. Würde die Kirche sich im Ernst auf die Seite der Armen und Bedrückten stellen, würde sie das kapitalistische System bedrohen und von ihr keine Gelder erhalten. Aus diesem Grunde hat sie für die Kermis der Armen nur das eine: Beten und Arbeit.

Das Kapitalistenpaß kennt diese Schwächen der Kirche sehr genau, deshalb geben sie Geld, daß man erst den Arbeitern ausgereicht und gefestigt hat, damit die Kirche sich das Wärtelchen der Wohlthätigkeit umhängen kann und so die kirchliche Rächtenliebe über den Armen und Bedrückten gegenüber vorzulesen. Mit solchen Scheinmännern will man die verlorenen Positionen wiederherstellen. Daß große Teile der Arbeiterschaft ihnen die Gefolgschaft verlagert, ist ihnen nur zu gut bekannt, deshalb erklären sie auch, die Kirche muß im wortschönen Bruderhain soziale Hilfsarbeit tun, ohne Ansehen des Standes und der politischen Meinung.

Wie diese Neutralitätsklärung der Kirche in Wirklichkeit aussieht, geht aus einem Brief von Edmund Leopold-Dresden, einwandfrei hervor. Es heißt dort:

Weltliche und kirchliche Wahlen.

Durch unsere Zeit geht eine Sehnacht nach Verinnerlichung, nach dem Reich des Metaphysischen. Die Kinder eines in der Materialismus befangenen Zeitalters suchen nach den in der Tiefe ruhenden Quellen religiösen Lebens. Eine Rückwendung — noch ist's keine Rückwanderung der Massen zur Kirche ist nicht zu übersehen. Die Freimaurerlogen Deutschlands, die nicht je ein lebendiges und deutliches Christentum gepflegt haben, nehmen, wie berichtet wird, Tausende von Männern auf, die der Ekel an dem Lebensstauch und der niedrigen Gemeinnützigkeit der Masse zu inbrünstig Sehenden gemacht. Und wer gewohnt ist, mit kurzem Blick in das Feld des Lebens zu sehen, der sieht überall hoffnungslos die Anfälle. Es kann unsere Zeit eine große Zeit eines religiösen Auflebens werden, wenn ihre Zeichen richtig verstanden, ihre Möglichkeiten der Erneuerung inneren Lebens voll ausgenutzt werden.

Was behält das Kapitalisten, wenden sich in ihrer Angst um ihre Herrschaft hilflos an die Kirche. Diese ist sehr erfreut, daß man endlich ihre unterirdische Arbeit lacht und anerkennt. Sie stellt fest, daß die inbrünstig Suchenden aus Ekel an dem Lebensstauch und der niedrigen Gemeinnützigkeit der Masse den Weg zur Kirche zurückgefunden haben. Also solche, die bei achtstündiger Arbeitszeit einen Lohn von kaum 20 Mark als Gemeinnützigkeit ansehen, solche also, die weniger Lohn und vor allem mehr und billiger Arbeit haben wollen, damit sie als Kaffeebrot allein ein angenehmes Leben führen können, während diejenigen, die die Werte schaffen, zukünftig noch erbärmlicher ist Dasein führen sollen. Das ist das Ziel dieser Heuchler, ihre Neutralität ist erkannt, die Apostel der Lehre Jesu sind ihrer vorgetäuschten Ueberzeugung nach elende Salunken und verdienen, daß diese Feststellung zur gegebenen Zeit von der Arbeiterschaft genügend gewürdigt wird.

Arbeiter versteht die Zeichen der Zeit, macht endlich mit diesen Heuchlern Schluss und beantwortet das Treiben dieser Schwarzfärberei mit Waffenausritt aus der von der Zeit selbst gerichteten Kirche.

Der Rektor als Seelsorger

Der Oberlehrer der Stadt, Studienanstalt zu Dresden ist vom Herrn Rektor dringend empfohlen worden, Aufführungen von Bernhard Shaw's „Heilige Johanna“ nicht zu besuchen. Die Schüler haben dies mit „Sie“ angedeutet, seien noch nicht reif dafür. Der nun Shaw's Stück selbst gesehen hat und nicht mit den Augen des „gebildeten“ Spielers die glänzende literarische Entzierung einer großen geistlichen Pflanze verfolgte, wird verstehen, warum die Schulrektionäre gegen dieses Stück, wenn auch nur verdeckt, Stellung nehmen. Die

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden-Petzsch
Leipzig (Welle 454) — Dresden (Welle 202).

4,30 bis 6 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 6,30 bis 7 Uhr: Sadebells Vortragsreihe, 10. Abend: Vortrag Fritz Groh, 21. Vortragsreihe des 7,30 Uhr: Vortrag Bürgermeister Dr. Traubitz (Nürnberg): Die staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten (Wahl d. R.), 7,30 bis 8 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Erich Katz von der Universität Leipzig aus dem Jotius: Rabbin, Kantgenetral und die Materie.
8,15 Uhr: Spiel: Doktor Johannes Faust. Nach dem Puppenpiel in vier Akten, gehalten von Karl Sturrock.
Einleitende Worte: Prof. Dr. Georg Wittkowski.
Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkspiel.

Rolle der Kirche und ihrer Söhne wird darin so treffend aufgezeigt, daß der Unterebene des Herrn Dr. Kaiser (der selbst nicht gegen das Stück vorgehen kann, weil es international anerkannt ist) schmerzhaft eingreift, um die Entfremdung seiner Landgenossen, der Pfaffen und der „Staatsmänner“ zu unterbinden.

Wenn er aber glaubt, daß er den intelligentesten Schülern eine „erfolgreiche Warnung“ hat zuteil werden lassen, so irrt er sich. Bernhard Shaw würde lachen, wenn er diesen „Kämpfen für Gütte und Recht“ sehen würde.

Kapitalistische Barmherzigkeit

Fürsorge nur gegen Wohnungsaufsch!

Das Stifisamt der Stadt Dresden teilt mit: Die Stadt Dresden hat das normale Oberliche Sanatorium in Niederlöbnitz für die Zwecke eines Rentnerheims erworben. Das Heim wird in allernächster Zeit eröffnet. Aufnahme sollen Ehepaare und Einzelpersonen finden, die infolge ihres Alters in ihrer jetzigen häuslichkeit schwer für sich selbst sorgen können. Dresdner Einwohner sind und dem Wohnungsamt eine kausale Wohnung zur Verfügung stellen. Den Rentnern wird gegen eine mäßige (!) Bezahlung neben Wohnung, Heizung und Beleuchtung die volle Tageskost gewährt. Kostfreie erteilt das Stifisamt, Neues Rathaus, 4. Obergesch., Zimmer 468, bei dem auch die Anmeldungen einzulegen sind.

Der gemachte ungläubliche Optimismus dieser Fürsorge spricht aus dem Abschnit „... und dem Wohnungsamt eine kausale Wohnung zur Verfügung stellen“. Sonst gibt's keinen „ruhigen Lebensabend“, lieber Rentner, bei denen ist nichts umsonst, auch nicht der Lob!

Wenn Darmat es verstand, warum soll Klante es nicht versuchen?

Dresden. Konzernunternehmer Klante festgenommen. Der wegen Lungenlebens aus der Strafkast entlassene bekannte Wettbetreiber Klante wurde festgenommen, weil er seine frühere betrieblische Tätigkeit wieder aufgenommen hatte. Er hielt sich seit Januar d. J. am Teil unter falschem Namen hier auf. Ansehndet der bekannten trübten Erfahrungen mit Wettfanjernen hatten ihm wieder eine ganze Anzahl Leute aus großer Beträge anvertraut. Gelchdigte werden aufgefördert, sich umgehend zu melden.

Mitteilung der Staatsoper — Opernhaus. Die Dresdner Staatskapelle wird am 12. Juni auf Einladung der Stadt Darmstadt dort innerhalb einer Musikfestwoche ein Konzert unter Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Busch veranstalten. Das Programm enthält die romantische Suite von Max Reger, das Violinsonnet von Beethoven, gespielt von Professor Adolf Busch, sowie die 2. Sinfonie von Brahms.

Alschadwin. In der am 27. Mai sehr gut besuchten öffentlichen Parteiverammlung der RPD Gruppe Alschadwin sprach Genosse Fritz Schreier über das Thema: Wirtschaftliche, weltpolitische Lage und die Rolle der RPD. In 2 1/2stündigen Ausführungen zeichnete der Referent die Rolle des Großkapitals im nationalen und internationalen Wirtschaft auf. Die Vermarktung des Kleinergewerbes und der Kleinrentner durch das Großkapital wird unerbarmlich seinen weiteren Gang nehmen. Die Großkapitalisten verfügen nicht nur über große, mächtige Fabriken zur Herstellung von Waren, sondern sind auch im Besitz der Rohstoffquellen und Erzeugnisse. Ihr entscheidender Einfluss auf das ganze wirtschaftliche Leben bestimmt daher auch wirtschaftlich das Wohl und Wehe der Proleten aller Länder.

Besonders schmerzhaft empfand dabei das internationale Großkapital den Verlust des russischen Riesenteiches, welches ein Schicksal des europäischen Weltlandes ausmache. Die Macht aller Länder können deshalb nach Mittel und Wegen, den russischen, einzigen Arbeiterstaat der Welt zu zerstören, um die Ausbeutung im privatkapitalistischen Sinne wieder dort einzuführen. Es ist deshalb für das internationale Proletariat von außerordentlicher Bedeutung, allen Machenschaften ihrer Regierungen, die gegen Sowjetrußland gerichtet sind, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Der einzige Arbeiterstaat der Erde soll im Interesse des Großkapitals vernichtet werden. Die Verhältnisse werden nicht der Kerner in bezug des Kampfes in Marokko, sowie über die Zusammenhänge der Großstaaten zu ihren Kolonialgebieten.

Die Ausführungen des Gen. Schreier wurden mit Spannung und Aufmerksamkeit aufgenommen und durch lebhaften Beifall belohnt.

Genosse E. Richter sprach noch über Schulordnung für Berufsschüler von Alschadwin und kennzeichnete ihren wilschmüchlichen Geist. Daß die SPD-Vertreter bei der Beratung dieser Schulordnung zustimmten, ist kein Wunder, denn die SPD ist keine proletarische Arbeiterpartei mehr, sondern eine bürgerliche Scheinbare Arbeiterpartei. Das beweisen ja zur Genüge die Vorgänge im Städt. Landtage.

Mehrere Zeitungsläser und Parteimitglieder wurden gewonnen.
D. W.

Arbeiterport

Fußballport. Die Vereine im Bezirk Dresden gürnten sich den Rekrutierungszufolge noch einmal Ruhe.

Cotta 1—Ecke 1, Pranzel 0:1 (0:1).

Endlich eine Uff aus der Wende, die nicht enttäuscht. Von den Gästen konnte jede Dresdner erste Klasse in punkto Kampleister etwas lernen. Rauf und schnelle Ballabgabe kennzeichnen das Spiel. Cotta war im Zusammenspiel gut, Unentschiedenheit verhinderte aber den verdienten Ausgleich, dazu ein Stenben der Torwart, der auch einen Elfmeter meißerte.

Cotta 1—Eilenburg 1, Leipzig 2:4.

Kadebeul 1—Lichtent 1, Berlin 4:1.

Cotta 2—Borwärts 3, Wurzen 4:1.

Sachsen

So kämpft die „Linke“ gegen die Reaktion!

Der Völkereidzug der SPD.

Die „linke“ Chemnitzer Bezirksleitung bringt in der „Volkswacht“ eine Resolution, die sie an ihre Mitglieder eine „außerordentlich wertvolle Broschüre“ mit „Material gegen die Kommunisten“ herausgibt. Das Material soll „agitativerisch von Mund zu Mund“ benutzt werden.

Um die Schwärze in der eigenen Partei zu verdeutlichen, werden sie die tausendmal widerlegten Lügen und Märchen aus dem Tschaf-Projekt, aus der Fische-Broschüre und dazu noch etwas Selbst aus den Fingern gelogenes bzw. von der Frau Martha Schlegel zusammengebräutes den über die Verratspolitik der SPD, empörten sozialdemokratischen Arbeitern aufzählen.

Unzere Genossen müssen diesen neuen Völkereidzug der SPD, damit parieren, daß sie mit verstärktem Eifer fortfahren, jeden ehrlichen Arbeiter von der korruptierten SPD, der Partei des Bürgertums, loszulösen und sie der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, zuzuführen.

Ein sozialdemokratischer Schurkenstreich

Der Stadtrat von Delitzsch i. E. hatte vor einiger Zeit 21 städtischen Arbeitern gekündigt. Weiter hat er daraufhin die von diesen Arbeitern zu verrichtenden Arbeiten an Privatunternehmer vergeben, obwohl er hierzu gar nicht befugt ist. Unter den gekündigten Arbeitern befinden sich drei Betriebsratsmitglieder, fünfzehn Kommunisten, sowie fünfzehn Familienväter. Die gekündigten Arbeiter erhoben nun vor dem Arbeitsgericht Klage mit dem Erfolg, daß das Arbeitsgericht die Stadt verurteilte, die 21 Arbeiter zeitlos wieder einzustellen, oder ihnen ein Zwanzigstel des Jahresverdienstes zu zahlen.

Die kommunistische Fraktion in dem Delitzscher Stadtrat ordnetestemal hatte nun in der letzten Sitzung beantragt, daß der Bürgermeister Dr. Schumann, ein Sozialdemokrat, über den Fall Bericht erhalten solle. Schumann hat das, jedoch erklärt er, daß es doch nicht anginge, Leute zu beschuldigen, die als sozialdemokratische Stadtratsmitglieder, Gemeinräte mit den Bürgerlichen lehnten auch die Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag ab, der verlangte, daß die 21 Arbeiter wieder zu ihrem Recht verholfen werde. Nicht nur das. Man hat sogar das Arbeitsministerium in Dresden mobil gemacht, damit dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts eine Kasse erteilt wird.

Dieses Terrorregiment der Sozialdemokraten und Bürgerlichen gegen kommunistische Arbeiter wirkt ein beschämendes Bild auf die deutsche Politik der Sozialdemokraten. Ihre vielgepriesene Demokratie zeigt sich hier im rechten Sinne. Das Ganze ist eine politische Maßregelung schlimmster Art. Man will kommunistische Arbeiter, die als Stadtratsmitglieder selbstverständlich das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht der freien Meinungsäußerung für sich in Anspruch nehmen, schikanieren, indem sie brotlos gemacht werden. Dabei geht man sogar über Urteile bürgerlicher Gerichte, die doch den Kommunisten gewiß nicht held gelommen sind, hinweg. Das ist sozialdemokratische Politik.

Reinholdts Mittelstandsfürsorge

Barma bekam 1 Million — Die sächsischen Industriellen wollen Tausende von Millionen — Der Mittelstand kriegt ein paar Pfennig

Die Staatskanzlei teilt mit: Zur Kreditgewährung an den gewerblichen Mittelstand hat das Sächsische Finanzministerium nunmehr mit Zustimmung des Haushaltsausschusses A des Landtages einen Betrag von 3,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Die Kredite werden von der Sächsischen Zentralgenossenschaft für Handwerk und Gewerbe durch Vermittlung der ihr angeschlossenen Organisationen verteilt werden. Da der Sächsischen Zentralgenossenschaft bekanntlich insbesondere u. a. auch die Sächsische Girozentrale, die Landesgewerbebank, das Submissionsamt und der Kreditfond für Handwerk und Gewerbe angehören, sind Gesuche um Bewilligung eines Kredites bei der Sächsischen Staatsbank, einer örtlichen Girozentrale oder Kreditgenossenschaft (Gewerbebank), soweit diese durch die Girozentrale oder die Landesgewerbebank der Sächsischen Zentralgenossenschaft Sächsischer Väterinnungen einzutreten. Die bisher schon bei einem Ministerium oder einer anderen staatlichen Stelle eingereichten Gesuche müssen dagegen unberücksichtigt bleiben. Für die bewilligten Darlehen ist ausreichende Sicherheit, bei Darlehen von 1000 RM. und darüber in der Regel dingliche Sicherheit zu gewähren.

Das einzelne Darlehen darf den Betrag von 5000 RM. nicht übersteigen.

Die Darlehen sind mit 1 Prozent über den jeweiligen Wechselkurs der Reichsmark zu verzinsen und bei Darlehensbeträgen bis zu 1000 RM. binnen 1 Jahr, bei Darlehen über 1000 RM. in drei und bei hypothekarischer Sicherheit in vier gleichen Jahresraten, deren erste bei Ablauf des zweiten Jahres fällig ist, zurückzuführen. Die die Darlehen vermittelnden Stellen sind berechtigt, eine Bescheinigung der Handels- oder Gewerbeämter über die Zugehörigkeit des Darlehensnehmers zum mittelständigen Gewerbe zu fordern. Im Interesse der Bescheinigung sind es sich empfehlen, diese Bescheinigung dem Besuche gleich beizufügen.

Wir haben noch keine Inflation

Eine interessante Antwort der Reichsbank.

Das Reichsbankdirektorium erklärt auf eine vom Verband Sächs. Industrieller gestellte Anfrage hin eine langatmige Erklärung, in der es heißt:

Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationistische Momente zeige, wie die immer stärker einsetzenden Lohn- und Preissteigerungen, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, erweisen, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,9 im Durchschnitt des Monats Juli 1921 auf 122,2 im Monat Oktober und auf 128,2 im Monat Januar gestiegen, um, auf den Schluss des 15. April des Jahres berechnet, wieder auf 131,4 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt und somit, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indexziffer beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mit bedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus berechtigen daher durchaus

nicht ohne weiteres zu dem Schluss, daß hierbei Kaufkraftveränderungen auf der Geldeite vorliegen. — Manu noch hinzuzufügen ist, daß alles „sehr“ vertrauenswürdig klingt!

Die Hungerlöhne der sächsischen Polizeibeamten

Der Verband sächsischer Polizeibeamter v. S. schreibt uns: In der Tagespresse wird ausgemalt, der Inhalt einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums für den Reichstag wiederzugeben, womit der Nachweis erbracht werden soll, daß die dringend notwendige Erhöhung der Beamtengehälter nicht möglich, mit Rücksicht auf die angeblich niedrigen Löhne in der Privatwirtschaft auch nicht erforderlich sei. Diese lächerliche Argumentation richtet sich von selbst. Es sei uns aber vergönnt, der Öffentlichkeit ein wahres Bild der gegenwärtigen Entlohnung der von uns vertretenen sächsischen Polizeibeamten zu geben.

Nach dem Vorschlag zum Staatshaushaltplan 1922 beträgt die Stärke der sächsischen Ordnungspolizei: Landespolizei: 1550 Unterwachtmeister Gruppe 2 B.D., 2406 Wachtmeister Gruppe 3 B.D., 1008 Oberwachtmeister Gruppe 4 B.D., 168 Hauptwachtmeister Gruppe 5 B.D.; blaue Polizei: 666 Oberwachtmeister Gruppe 4 B.D., 1145 Hauptwachtmeister Gruppe 5 B.D.

Diese Beamten erhalten an Besoldung, wenn sie verheiratet sind und zwei Kinder besitzen, monatlich ohne Steuerabzug als Unterwachtmeister im Anfangsgehalt 155 M., im Endgehalt 204,50 M.

Wachtmeister im Anfangsgehalt 175 M., im Endgehalt 214,50 M.

Oberwachtmeister im Anfangsgehalt 190 M., im Endgehalt 240 M.

Hauptwachtmeister im Anfangsgehalt 220 M., im Endgehalt 269,50 M.

Dabei muß bemerkt werden, daß nur ein geringer Prozentsatz der Beamten sich im Endgehalt, der weitest große Teil sich aber im Anfangsgehalt und in den Mittelstufen befindet. Nimmt man also Durchschnittswerte an, so erhalten Ordnungspolizeibeamte heute Anfangsgehalt 185 M. und Endgehalt 233,60 M. monatlich. Vor dem Jahre 1919 konnte man bei der Ordnungspolizei nur eine Art von Polizeibeamten, die Stadtgenarmer oder Schwärzler, diese bezogen nach der Gehaltsregulierung von 1914 insgesamt als solche ein Anfangsgehalt von 175 M. und ein Endgehalt von 225 M. Davon ab Steuern 1914 etwa 3 Prozent, 1922 aber 10 Prozent.

Die Indexziffer des Jahres 1914 wird mit 100 bezeichnet, während sie heute 138 beträgt. Demzufolge müßten diese letzten Gehaltszahlen heute lauten: Anfangsgehalt 241,50 M., Endgehalt 310,50 M., die vorliegend nachgewiesenen, betragen sie durchschnittlich aber nur 185 M. Anfangsgehalt und Endgehalt 233,60 M.

So daß die heutigen Polizeibeamten ein Mindesteinkommen von 55,50 M. Anfangsgehalt bzw. 76,90 M. Endgehalt haben.

Es wird gefordert für diejenigen, die den Bestand des Staates und die Sicherheit der Bürgerlichkeit gewährleisten. Und das bei heftigsten politischen Anfechtungen hinsichtlich Leistungen, Integrität und Umsichtigkeit gegenüber der Volkswirtschaft. Wir verzichten darauf, der Öffentlichkeit in Bezug auf unsere letzten Feststellungen längere Ausführungen zu machen. Aber noch nicht darüber nachgedacht hat, dem rufen wir, die Arbeitsleistung unserer Kollegen an einem der Verkehrspunkte nur einmal zwei Stunden als Zuschauer sich zu verhalten zu lassen.

Die in der Juliheft angegebenen Zahlen geben ein erschütterndes Bild von dem Stand der sächsischen Polizeibeamten. Die Gehälter liegen zum sehr großen Teil weit unter den Löhnen der Arbeiter. Kein Wunder, wenn sich die Beamten in der Schupo mehren, wenn die Beamten eines solchen Verhältnisses überdrüssig werden und lieber heute als morgen in ihren alten Beruf zurückkehren möchten.

Eins aber vermissen wir in der Juliheft: Man fragt darüber, daß der Staat die Leute, die ihn schützen und über seinen Bestand wachen, so schlecht bezahlt. Aber es wird hieraus nicht die Konsequenz gezogen. Wenn die Polizei die Sicherheit des Staates in der Hand hat, dann muß sie diese Macht gebrauchen lernen, genau wie die Arbeiter der Straß- und Kapazitäten durch Stilllegung der Betriebe zwingen, ihre Forderungen anzuerkennen. Die überreichten Polizeibeamten sind in dieser Beziehung schon weiter als die deutschen. Die deutschen Polizeibeamten müssen endlich dazu übergehen, energischer für ihre Forderungen einzutreten. Sie dürfen sich nicht länger als willenloses Werkzeug des Staates mißbrauchen und ausbeuten lassen.

Rein, das können nur Kommunisten gewesen sein!

Jahresheftend meldet die Zeitung:

Nahenan. Verdächtiger Fund. Kürzlich wurde hier eine eiserne Kiste gefunden, in der 750 Schuß Infanteriemunition, 250 Patronen in Gurten für Maschinengewehre, ein Schußdämpfer und ein Infanteriegewehr mit enthalten waren. Man vermutet, daß diese Kiste Kommunisten gehörte. Polizeiliche Ermittlungen sind im Gange.

Freital. Todliches Autounfall. Als er Führer des Lastautos der Rüstfabrik Weinbrod-Rieberfeld kurz hinter der Weiserbrücke bemerkte, daß er sich auf dem falschen Wege befand, löppte er den Anhänger ab, wodurch dieser plötzlich ins Rollen geriet und die abschüssige Straße hinunterlief. Hierbei geriet er an einen Steinhaufen, schleuderte fort und rief dabei den Beifahrer an, wodurch dieser so erhebliche Kopfverletzungen erlitt, daß er sofort tot war.

Glauchau. Beim Spiel ertrunken. In ein in der Nähe der Kammergasse in Glauchau, Trübel u. Co. befindliches Wasserloch ist am Mittwoch der 2-jährige Sohn des Arbeiterheinz Heintz geriet und ertrunken. Die beiden ihn begleitenden älteren Kinder, darunter sein vierjähriger Bruder, ergriffen die Flucht und riefen um Hilfe. Es konnte jedoch nur nach der bereits eingetretenen Tod des Kindes festgestellt werden.

Pulsnitz. Sackpoker. Der 15-jährige Sohn des Lehrers Meyer erkrankte hier im hiesigen Sackpoker, vermutlich infolge von Herzklappungen.

Kositz. Explosion einer Sprengkapsel. Am Mittwoch schlug ein 12-jähriger Knabe mit einem Stein darauf auf eine Sprengkapsel, daß diese explodierte, dem Knaben die linke Hand abbrach und einem anderen danebenstehenden das linke Auge auslöschte und ihm noch weitere Verletzungen zufügte, während noch ein anderer fünfjähriger Junge an Armen und Beinen verletzt wurde.

Lehndorf. Brand eines Güterwagens. Auf dem hiesigen Güterbahnhof Silbersdorf geriet durch Funkenflug aus einer Lokomotive ein Güterwagen mit 800 Zentnern Torf in Brand. Das stundenlange Löscharbeiten war überaus schwierig. Am Ende der Verfehr nicht zu hören, mußten die Schlauchleitungen der Feuerwehr die Böschung hinauf unter den Schienen gelegt werden.

Der „fortschrittliche“ Rat der Stadt Pirna!

(Von Arbeiterkorrespondenten U.)

Der Bezirksverband der Hausbesitzervereine der Amtshauptmannschaft Pirna hielt am Sonntag, den 24. Mai, seine Jahreshauptversammlung im „Schwan“ ab. Wie schon so oft, bewies auch wieder einmal der Pirnaer Rat, daß er mit dem „neuen Geiste“ Schritt hält.

Die „Pirnaer Stimme“ von der Bangen Straße wird erst selbst sprechen über den „fortschrittlichen“ Rat:

Der Vorliegende Winkler erteilte nach der allgemeinen Begrüßung das Wort dem Vertreter des Rates der Stadt, Faurat Kirchner, der die Wünsche des Rates überbrachte und Unterstützung bedürftiger Hausbesitzer von Seiten der Stadt versprach.

Nun, wir glauben dem Rate sehr gern, daß er sich für die „brüderliche“ Rat der armen Hausbesitzer einsetzt, was bei weitem ja schon sein Verhalten gegenüber der kapitalistischen Wohnungsbauvereinschaft des Handwerks zur Genüge, der man mit offenen Händen die Mittel der Allgemeinheit aus der Mietvereinschaft heranzuziehen, wenn auf der anderen Seite die Vertreter der Stadt diesen mieterfeindlichen Bestrebungen der Hausbesitzer die Mittel der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, um deren Eigentum zu erhalten. Die Mieterliste der Stadt Pirna muß dagegen Stellung nehmen, das Verhalten des Rates „billigen“ und überläßt die Forderung der Partei der Hausbesitzer gegenüberstellen: „Rechtlose Enteignung von Grund und Boden“, nur dieses wird einen Verfall der bestehenden Wohnungen und die Wohnungsnot zugunsten der Mieterliste beseitigen.

Bei den Herren Hausbesitzern wurde natürlich feste über Zwangswirtschaft und Wohnungsmäurer gemeldet und baldige Beilegung gefordert, dann erst werde es besser für die Hausbesitzer. Es muß deshalb den härtesten Protest der Pirnaer Arbeiterliste heranzuziehen, wenn auf der anderen Seite die Vertreter der Stadt diesen mieterfeindlichen Bestrebungen der Hausbesitzer die Mittel der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, um deren Eigentum zu erhalten. Die Mieterliste der Stadt Pirna muß dagegen Stellung nehmen, das Verhalten des Rates „billigen“ und überläßt die Forderung der Partei der Hausbesitzer gegenüberstellen: „Rechtlose Enteignung von Grund und Boden“, nur dieses wird einen Verfall der bestehenden Wohnungen und die Wohnungsnot zugunsten der Mieterliste beseitigen.

Die Sozialdemokratische freigeiprochen — der Kommunist verurteilt!

Uns wird aus Bauhen geschrieben:

Am 17. März d. J. hatte in der „Arone“ in Bauhen eine von der K.P.D. einberufene öffentliche Wählerversammlung stattgefunden. In dieser hatte Genosse Wöller u. a. gesagt:

Die sozialdemokratische Partei ist korruptiert bis ins Mark hinein; auch in Bauhen ist heute noch ein Mensch in der Stadtratsfraktion, der 1921 25.000 Mark in der Genossenschaft unterschlagen hat, das sind 6000 Goldmark!

Diese Mitteilung war nichts Neues, denn es handelt sich um eine unaufrichtige Geschichte, die seit Jahren die Spalten von den Dornen pflückt. Dem Genossen W. kam es aber darauf an, anlässlich der Präsidentschaftswahl den Arbeitern das dreifache Gefühl, das die Sozialdemokratie auch in Bauhen hat, zu zeigen. Einen Namen hatte Genosse W. nicht genannt. Klugscheitern sich lächerlich vor, Stadtratsmitglied und gleich gekleidet sich gern zur deutlichen Justiz. Diese Gesellschaft weiß, daß sie sich gegenseitig zu Dank verpflichtet ist. Die Sozialdemokraten sorgten 1918 dafür, daß die reaktionären Richter in Amt und Würden blieben, und die reaktionären Richter sind seitdem durch brutale Verfolgung der kommunistischen Partei bestrebt, die SPD wieder zur einzigen „Arbeiterpartei“ zu machen.

Genosse W. verlangte Verfolgung der Verhandlung, da sein Rechtsanwalt verhindert sei (die kommunistischen Verteidiger sind eben durch die ewigen Justizfandale überlastet). Der Antrag wurde schamlos abgelehnt. Nun forderte Genosse W. einen anderen Gerichtsbevollmächtigten, denn Anwalt v. Carlwitz sei bürgerlicher Stadtratsmitglied in Bauhen, und da es im Grunde nur zwei Parteien gebe, eine proletarische (die Kommunisten) und eine bürgerliche (Sozialdemokraten bis Völkische), sei Carlwitz parteilich und darum abzulehnen. Auch darüber ging man ohne Erörterung hinweg. Genosse W. hatte außer den erkrankten noch zwei weitere Zeugen genannt und forderte erneut deren Ladung. Ebenfalls abgelehnt. — Nun konnte man sich schon ein Bild vom Richterpruch machen. Die Verurteilung sollte eben möglichst platt und schmerzlos vor sich gehen.

W. hielt seine einseitigen Behauptungen voll und ganz aufrecht. Die in Frage kommende Forderung der früheren Kaiser, heutigen Sozialisten ist der ehemalige Lagerhalter des Konsumvereins, Seidel. Bei einer Kontrolle seines Lagers ergab sich im Sommer 1921 ein Fehlbetrag von 27.000 Mark. Der gesamte Reingewinn in diesem Jahre (10 Verkaufsstellen) betrug nur 7.000 Mark. Hieraus sieht man, wie außerordentlich hoch das Defizit war, und im Aufsichtsrat, dem Genosse W. angehörte, herrschte große Aufregung. Es wurde eine peinlich genaue Kasseninventur vorgenommen und andere Lagerhalter nahmen eine Nachrechnung vor. Trotzdem blieb noch ein Fehlbetrag von 19.000 Mark, über den Seidel keine Aufklärung geben konnte.

Die Zeugen Strichmann (Geschäftsführer des Konsumvereins), Seltenreich und Böttcher (Aufsichtsratsmitglieder), sämtlich Sozialdemokraten, mußten alles bekräftigen. Strichmann führte auch aus, daß bei Seidel verschiedene Untermöglichkeiten vorgekommen seien. U. a. habe seine Tochter mit verkauft, obwohl sie gar nicht Verkäuferin war. Aber eine Unterschlagung habe man nicht beweisen können. (Diesen Strichmann griff das Gericht sofort zur Rettung der Barmanier auf.) Man habe Seidel aufgefordert, seine Stellung selbst zu kündigen. Seidel erklärte damals in einer Sitzung vor Vorstand und Aufsichtsrat: „Wenn ihr beschließt, mich zu entlassen, ist es mein Tod.“ Der Kerk mußte aber doch gehen, lebt heute noch und stiert die sozialdemokratische Stadtratsfraktion!

Der Staatsanwalt meinte selbst, der Fehlbetrag bei Seidel sei außerordentlich hoch, eine Aufklärung sei nicht erfolgt, aber (der zettende Strichmann!) eine Unterschlagung sei nicht nachgewiesen. W. sei darum zu bestrafen.

Der Rechtsanwalt der Sozialdemokraten, Schuster, hielt noch für strafbar, daß die Verklamungsteilnehmer erregt worden seien. Er verlangte also von den Kommunisten, daß sie auch vertuschen und so beruhigend wirken! Ferner beantragte er Veröffentlichung des Urteils in den „Baugener Nachrichten“!

Selbstverständlich verurteilte das Klagengericht den Genossen Wöller, und zwar zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis, Bezahlung sämtlicher Kosten und Einrichen des Urteils in die bürgerlichen Kalkblätter (Nachrichten, Tageblatt und Volkszeitung).

Eine feine Gesellschaft, diese sozialdemokratischen Defizitmacher und ihre richterlichen Freunde.

Arbeiter, heraus dem Korruptionssumpf, hinein in die rote Klassenfront des Proletariats, hinein in die KPD!

Gegen imperialistischen Krieg und Monarchie

Die Debatte über den Etat des Reichswehrministeriums im Reichstag hat erneut gezeigt, daß die Sozialdemokratie durch nichts gewillt ist, einen wirklichen Kampf gegen die drohende monarchistische Reaktion zu führen. Gerade die Reichswehr mit ihren monarchistischen Offizieren ist das stärkste Argument, auf das sich die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse stützt und mit deren Hilfe sie den Kampf gegen die Republik führt wird. Schon der Berichterstatter, der Sozialdemokrat Stüdele, versichert, daß die Reichswehr durch fleißige Arbeit zu einer außerordentlichen Organisation geworden sei. Schöpflin, der Redner der Sozialdemokraten kritisierte einige nebensächliche Punkte in dem Etat, er warnte davor, neue Ausgaben zu machen. Die Offiziere seien zur Pflege des Wehrgebankens nicht geeignet. Die Pflege des Wehrgebankens müsse eine allgemeine Volksangelegenheit sein. Die Offiziere sollten deshalb diese Propaganda anderen überlassen.

Die Sozialdemokratie werde den Etat im großen und ganzen annehmen,

aber gegen das Gehalt des Reichswehrministers stimmen. Er versicherte, daß damit dem Reichswehrminister nicht das Vertrauen ausgedrückt würde, daß sie sich auch nicht gegen die Reichswehr wenden, denn jeder Staat müsse ein Wehrinstrument in der Hand haben. Die Abstimmung wende sich nur gegen einige in der Reichswehr vorhandene Mängel. Schöpflin fand nicht ein einziges Wort gegen die monarchistischen Offiziere, sein Wort gegen die Vermehrung der Reichswehr gegen die Arbeiterklasse in Sachsen, Thüringen usw.

Der Redner der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei hielten phrasenreiche Reden gegen die Entente und für die Förderung des Wehrgebankens in der Bevölkerung. Der Volksparteiler Brüninghaus stellte mit Genugtuung fest, daß aus den Ausführungen Schöpflins die Freude über die erfolgreiche Arbeit der Reichswehr gesprochen habe und daß die Sozialdemokratie mit ihrer Erklärung für den Wehrgebankens ihre sonstigen positiven Lebensansätze selbst erledige. Er freute sich außerordentlich über das nationale Empfinden Schöpflins. Die Selbstmorde innerhalb der Reichswehr führte er auf die schlechte Erziehung der Jugend während der Zeit des Krieges zurück. Die Reichsparteien brachten in diesem Zusammenhang erneut die Frage der Reichsflagge auf die Tagesordnung und forderten schnelle Einführung von Schwarzweitzel.

Der Redner der Kommunistischen Partei, Genosse Schneller

ging auf die Rede des Volksparteilers Brüninghaus ein und erklärte, daß die Arbeiterklasse den ganzen Ernst der Frage der Staatsform erkenne und sich unter der Führung der Kommunistischen Partei für den Kampf gegen die monarchistische Reaktion rühte. Das Gesamt über die Flaggenfrage soll die Frage vertuschen, die für die breiten Massen des wertvollen Volkes von höchster Bedeutung, nämlich

wozu und für wen ist die Reichswehr da?

Für Sie (nach rechts) kommt es darauf an, daß die Entwicklung der Reichswehr als Instrument des Monarchismus sichergestellt wird. Nur so ist der Wunsch zu verstehen, daß von der Reichswehr alles Parteigezänk ferngehalten ist. Darunter versteht Sie, daß in der Reichswehr nur die Meinung der Monarchisten und der alten wilhelminischen Tradition gelten soll.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich mit der Annahme des Versailles Friedensvertrages und der Dawesgesetze bereit erklärt, die Rolle des Zwischenmeisters für das Ententekapital zu spielen und wird auch nach dem Eintreten in den Völkerbund bereit sein, das nötige

Menschenmaterial für die kommenden Kriege

zu stellen. Zu diesem Zwecke wird das nationale Bewußtsein gesteigert, um die Massenmoral, die im Dawes-Plan und im Garantiepakt niedergelegt ist, zu einer bewußten Moral für die breiten Volksmassen zu machen.

Was steht hinter den Rüstungen, die systematisch auf Kosten der wertvollsten Massen bei der Reichswehr vorgenommen werden? Der Etat, der hier vorgelegt worden ist, fordert

561 Millionen für Heer und Marine.

Diese ungeheure Summe kann doch nicht nur zu Parade-märschen und zur Pflege der Tradition dienen. Die breiten Massen müssen wissen, wozu ist dieses ungeheure kostbare Instrument da, wozu ist es notwendig, daß allein für Artillerie-

übungen und Munitionsbeschaffung rund 81 Millionen Mark bereitgestellt werden. Man muß bedenken, daß vor dem Kriege für Artillerieübungen und Munitionsbeschaffung bei einem Heere von 500 000 Mann 75 Millionen ausgegeben waren.

Wozu die ungeheuren Rekrutierungen?

Weshalb müssen für Rekrutierungswerte 11 Millionen Mark aufgebracht werden, während dafür vor dem Kriege 22 Millionen Mark eingeleitet waren? Wir fragen, und mit uns die Arbeiterklasse, welche Pläne liegen dahinter und zwar Pläne, die durch das Einverständnis der Entente und vor allem der englischen Bourgeoisie finden? Die Ausgaben im Jahre 1924 mit 450 Millionen Mark wurden von Sachverständigen schon als zu hoch bezeichnet. Jetzt, bei Durchführung der Dawesabkommen erhöht die Luther-Regierung die Heeresausgaben auf 561 Millionen Mark. Zu diesen Ausgaben kommen noch die nicht im Etat einbehaltenen Summen für

Militärpensionen mit 1120 Millionen Mark

wobei bemerkt werden muß, daß viele der Militärpensionäre für eine Erweiterung der Armee bereitgestellt werden. Außerdem fehlen im Etat die 7,6 Millionen Mark, die an Munitions- und Waffenfabriken zur technischen und wirtschaftlichen Umstellung ausbezahlt werden. Viele ungeheure Summen stehen mit Plänen im Zusammenhang, die sich sowohl gegen das deutsche Proletariat richten, als auch mit den Plänen, die der Weltimperialismus mit dem deutschen Volke durchzuführen will. Die Bedeutungslosigkeit, die dem Reichstag zukommt, geht aus einigen Punkten des Etats hervor, ohne jede Begründung werden dem Reichswehrminister

900 000 Mark zur Verfügung

bereitgestellt. (Hört! Hört! d. h. Komm.) vielmehr werden sie natürlich Herrn Seede zur Verfügung gestellt, denn der Reichswehrminister hat nichts zu sagen, was er im Ausnahmefall selbst verkündete, als er berichtete, er lasse, wenn er bei der Reichswehr etwas durchzuführen wolle Herrn Seede unterschreiben; er als Zivilist habe keinen Einfluß, 900 000 Mark Herrn Seede ohne jede Rechenschaft; aber wenn s. B. 1000 Mark für die Betriebskosten oder 300 Mk. für Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter und Angehörige bewilligt werden sollen, dann muß das Parlament extra beschließen. (Hört! Hört! d. h. Komm.) Weiter werden Herrn Seede für Geschäftsbedürfnisse und kleine Ausgaben 460 000 Mk. bewilligt, ohne daß darüber die geringste Aufklärung gegeben wird.

Die Ausgaben für Offiziere und für Waffenbeschaffung haben in diesem Etat das Heftigste. Für die Unterhaltung der Soldaten, für das Sanitätswesen, für Unterbringung und Verpflegung der Mannschaften enthält der Etat verhältnismäßig sehr geringe Summen. 4 Mark pro Kopf der Bevölkerung müssen in jedem Jahr für die Reichswehr aufgebracht werden.

für jeden einzelnen Soldaten sind jährlich 5000 Mark auszugeben.

Diese ungeheuren Summen und die Wahl Hindenburgs, der der oberste Befehlshaber der Reichswehr ist, werden die Arbeiterklasse zur größten Aufmerksamkeit über die Vorgänge in der Reichswehr veranlassen. Neben der Schutzpolizei ist die Reichswehr heute die wichtigste Waffe der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, zumal sie selbst die Kosten dafür nicht aufzubringen braucht.

Die Sozialdemokratie kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als treuester Feind der Bourgeoisie dem Proletariat eingedrückt zu haben, es bestünde eine republikanische Reichswehr, eine Waffe gegen die Feindkräfte und Monarchisten. Die Sozialdemokratie ist zum guten Teil daran beteiligt, daß die Reichswehr so große Erfolge in der Niederknüppelung der Arbeiter erzielen konnte. Bis 1923 war es für die SPD notwendig, daß

schwarze Reichswehr

eingestellt wird, um mit feudalistischen Korporationen die Republik gegen die Arbeiter zu schützen. Heute, wo die Republik für die Bourgeoisie gerettet ist, trägt die SPD, über die schwarze Reichswehr, die von Kosse herangekämpft wurde, heute tragen sie darüber, daß es den Reichswehrladaten verboten ist, mit Sozialdemokraten zu verkehren oder mit Arbeiterparteiangehörigen Beisitzel zu veranstalten. Wenn die Sozialdemokraten jetzt erklären, sie wollen gegen das Gehalt des Reichswehrministers stimmen, so weisen wir darauf hin, daß

die Sozialdemokraten ihn ja selbst eingeleitet und jederzeit gehalten haben, daß sie es niemals gemagt haben, gegen seine Weisungen vorzugehen.

Die Sozialdemokraten waren es, die als Reichsminister die Einwilligung zum Einmarsch in Sachsen gegeben haben. Der Sozialdemokrat Kretzschmar bezeichnete das im Sächsischen Landtag am besten, indem er erklärte,

jobald die Reichswehr einmarchiert und auf Arbeiter schießt, ist die Republik totgeschossen.

Die Arbeiterklasse hat immer und immer wieder für die Aufrechterhaltung dieser Republik allein gekämpft, um sich dadurch eine Republik zu erkämpfen, die zur endgültigen Erledigung der Reaktion und zum Sturz der Republik der Bourgeoisie durch die proletarische Diktatur führt. Für diesen Kampf, der hart auf hart gehen wird, rüstet die Arbeiterklasse und auch die Beauftragten der Bourgeoisie rüsten dafür. Gekler hat uns im Hauptauschuß gesagt; wir beobachten ihre Bewegung auf das genaueste, wie sehen sie nach wie vor als außerordentlich an, wir betampfen sie auf das schärfste. Diese Kampfanlage gegen die SPD ist auf die Unklarheit innerhalb der Reichswehr zurückzuführen. Wir wissen, daß

mit dem allerhöchsten Terror jede Regung des Klassenbewußtseins unterdrückt

wird. So hat das Marinedepartement Wilhelmshafen verfügt, daß auf den Werften alle Arbeiter, die im Verdacht republikanischer Gesinnung stehen, striktlos zu entlassen sind und daß ihnen das Recht des Einspruchs nicht zusteht. Teht werden noch Ausbildungen Zeitfreiwilliger vorgenommen.

Es kommt der Bourgeoisie darauf an, die Reichswehr nicht nur zur Niederknüppelung der Arbeiter, sondern auch zum Neuaufstieg des Finanzkapitals durch einen kommenden Krieg zu benutzen. Darauf deutet die ungeheure Ausrüstung mit Artillerie und die starke Einziehung von Offizieren. Das Geheiß von der Abrüstung, vom Völkerbund und von der republikanischen Reichswehr ist bloße Spiegelreflexion. Diese Reichswehr wird die Republik nicht schützen.

Nur eine Arbeiterwehr ist imstande, im Kampfe gegen die monarchistische Reaktion die Republik zu sichern.

Wenn die republikanischen Parteien eine wirkliche Sicherung der Republik wollen, so können sie unseren Anträgen, die eine Arbeiterwehr fordern, zu. Unsere Forderung auf Auflösung der Reichswehr richtet sich nicht gegen die einzelnen Soldaten, wir wollen sie vielmehr davon überzeugen, daß sie von der Bourgeoisie gegen die eigene Klasse mißbraucht werden. Sollte unsere Forderung auf Auflösung der Reichswehr abgelehnt werden, so fordern wir Beilegung aller Ausnahmebestimmungen, die die Soldaten zu Menschen zweiter Klasse machen. Die vielen Unglücksfälle und die Selbstmorde werden mit zur Aufklärung der Reichswehrladaten dienen. Wir verlangen das Mitbestimmungsrecht der Reichswehrladaten.

Das sind keine kommunistischen Forderungen, sondern Forderungen, die dem demokratischen Gedanken entsprechen würden, wenn sie eine wirkliche Demokratie haben wollten. Da die Bourgeoisie aber auf die allerhöchste Diktatur, nämlich die monarchistische hinarbeitet, kann sie keine Zugeständnisse machen und das ist der Zerlegungsteil in der Reichswehr.

Im Zeichen der Republik und der Demokratie sind die Arbeiter bisher niedergedrückt worden. Sie haben aus den letzten Jahren gelernt und werden verstehen, ihre Interessen zu vertreten. Wir werden die Arbeiterklasse davon überzeugen, daß sie nur gerettet werden kann, wenn sie ihre eigene bewaffnete Macht hat, wenn sie sich nach dem Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern eine rote Armee schafft. Auch die Reichswehrladaten werden begreifen, daß mit dieser bewaffneten Macht Saluk gemacht werden muß, die eine Henkersmacht gegen das Proletariat ist. Ein wirkliches Volksheer kann nur eine rote Armee sein, die als Instrument im Dienste der proletarischen Diktatur, im Dienste der breiten werktätigen Massen die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertritt. (Beifall bei den Kommunisten)

Der Reichstag verlegt sich auf Mittwoch 2 Uhr.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Neubag“ Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit“

von D. G. Dydeno

Deutsch von Eduard Schlemann

Verlag Carl Heyne Nachf. Gohndew, Hamburg 8

(Schluß)

In diesen Tagen ertönte wieder die unerschütterliche Stimme der Flotte: „Fort mit der konstituierenden Versammlung! Die ganze Nacht den Sowjets! Wir haben die Sowjets geschlagen, wir werden auf ihnen bestehen.“

Am Tage nach der Eröffnung der konstituante trifft in Petersburg eine Massenbewegte disziplinierte Matrosenabteilung ein. Ebenso wie in den Oktobertagen kam die Flotte auch jetzt, um die Sowjetmacht zu verteidigen. Gegen wen zu verteidigen? Gegen den demagogischen Spektakel und schwächlichen Intellektuellen. Aber nicht leicht werden die Vater der konstituante ihr zugehöriges Kind mit ihrem Leibe deden?

Aber es erwies sich, daß sie dazu unfähig waren.

Der 17. Januar. Früh morgens, als die Stadtbewohner noch friedlich schliefen, belehnten die treuen Wächter der Sowjetmacht — die Matrosen — die Hauptstraßen Petersburgs. Sie hatten den klaren Befehl: die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Die Führer waren ausnahmslos erlauchte Genossen, die die Juli- und Oktobertage hinter sich hatten. Nikita Schelesnjakow befehlt mit seiner Abteilung feierlich das Taurische Palais, in der die konstituierende Versammlung tagen soll. Er war aufrichtig empört über die Zumutung, daß er die Flotte in der konstituante vertreten sollte. Jetzt erscheint er stolz mit seiner Abteilung und erklärt mit listigem Lächeln: „Ich werde den Ehrenplatz einnehmen.“

Um drei Uhr nachmittags eile ich, nachdem ich die Flotte rezidiert habe, ins Taurische Palais. Die Eingänge werden von Matrosen bewacht. Im Korridor treffe ich Bonitsch-Brusjewitsch.

„Nun, wie steht's? Alles ruhig in der Stadt? Viele Demonstranten? Wohin wenden sie sich? Man sagt, daß sie zum Taurischen gehen.“

„Ich habe eben die Flotte rezidiert. Alles ist in Ordnung. Argendwelche Demonstranten habe ich nicht gesehen, wenn sie aber auf den Einfall kommen sollten, hierher zu gehen, dann werden die Matrosen sie nicht durchlassen. Sie haben den strikten Befehl erhalten.“

„Das ist alles schön und gut, aber es heißt, daß die Petersburger Regimente die Demonstranten begleiten werden.“

„Das ist Unfug. Es gibt hier kein einziges kampffähiges Regiment, dagegen aber fünftausend Seeleute.“

Gegen fünf Uhr ercheint er wieder und berichtet:

„Eben haben wir die Nachricht erhalten, daß an der Ecke der Kitajskaja und Litzejn Prospekt eine Demonstration von zehntausend Menschen, von Soldaten begleitet, auf dem Wege nach dem Taurischen Palais sei. Welche Maßnahmen sind getroffen?“

„An der Ecke des Litzejn steht eine Abteilung von fünfhundert Mann unter dem Kommando des Genossen Gornin. Die Demonstranten werden das Taurische Palais nicht erreichen.“

„Es ist immerhin besser, wenn Sie selbst gleich hinfahren. Überzeugen Sie sich von der allgemeinen Lage und kommen Sie gleich wieder zurück.“

Ich fahre im Auto durch alle Straßen. An der Ecke des Litzejn sehe ich eine sehr zahlreiche Demonstration, die freien Durchgang nach dem Taurischen Palais fordert. Die Matrosen weigern sich, sie durchzulassen. Einen Augenblick schien es, daß die Demonstranten sich auf die Matrosen stürzen würden. Es wurde einige Male auf das Auto geschossen. Die Matrosen feuerten eine Salve in die Luft. Die Menge zerstreute sich nach allen Seiten. Aber noch bis zum späten Abend zogen einige unbedeutende Haufen durch die Stadt und versuchten zum Taurischen Palais zu gelangen. Die Zugänge waren überall gesperrt.

Nachdem die Parteiberatungen zu Ende sind, wird die Versammlung eröffnet. In der Parteiberatung der Bolschewisten stimmen nur einige Genossen gegen die Eröffnung der Versammlung. Die ganze Prozedur der Eröffnung und der Wahl des Präsidiums hatte einen narrischen, nicht ernsthaften Charakter. Man überschüttete einander mit Witzen und Zursäßen. Zur Belustigung meiner Matrosen schickte ich dem Präsidium einen Zettel mit dem Vorschlag, Kerenski und Kornilow zu Sekretären des Präsidiums zu wählen. Ughernow, der Vorsitzende breitet traurig die Arme aus und erklärt gerührt: „Leider sind Kornilow und Kerenski nicht da.“

Das Präsidium ist gewählt. In einer andernthalbhündigen Rede zählt Ughernow alle Anträge und Beleidigungen auf, die die Bolschewisten der armen Demokratie zugefügt hätten. Es treten auch noch andere Schattenfiguren in die Ewigkeit verurteilten Provisorischen Regierung auf. Gegen 1 Uhr nachts verlassen die Bolschewisten die konstituierende Versammlung. Die Linken Sozialrevolutionäre bleiben noch

In einem der Räume des Taurischen Palais befinden sich Genosse Lenin und einige andere Genossen. Es wird beschlossen: am nächsten Tage an kein Mitglied der konstituante in das Taurische Palais hereinzulassen; die konstituante wird damit als aufgelöst betrachtet.

Gegen halb drei Uhr nachts verlassen auch die Linken Sozialrevolutionäre den Sitzungssaal. In diesem Augenblick tritt Genosse Schelesnjakow auf mich zu und meldet: „Die Matrosen sind müde und wollen schlafen. Was soll geschehen?“

„Ich gab den Befehl, die Versammlung zu verjagen, sobald die Volkskommissare das Palais verlassen hätten. Genosse Lenin erzählt es, und fordert von mir die Zurücknahme des Befehls.“

„Können Sie die Garantie übernehmen, Wladimir Ustsch, daß morgen kein einziger Matrosenkopf auf den Straßen Petersburgs fallen wird?“

„Ich rufe Schelesnjakow herein. Lenin fordert ihn auf, meinen Befehl nicht auszuführen und schießt auf meinen schriftlichen Befehl eine Resolution: „Dem Genossen Schelesnjakow. Die konstituierende Versammlung darf vor Schluß der heutigen Sitzung nicht gelöst werden.“ Mündlich fügte er hinzu: „Vor morgen an lassen Sie niemand mehr ins Taurische Palais hinein.“

Schelesnjakow wendet sich an Wladimir Ustsch und bittet, den Befehl Dabentos trotzdem ausführen zu dürfen. Wladimir Ustsch winkt ihm halb im Scherz ab und eilt zum Auto. Zu seinem Schutze begleiten ihn zwei Matrosen.

Auch die übrigen Volkskommissare verlassen jetzt das Palais. Am Ausgang begegne ich Schelesnjakow.

Schelesnjakow: „Was wird mit mir geschehen, wenn ich den Befehl des Genossen Lenin nicht ausführe?“

„Raden Sie, was Sie wollen, morgen werden wir schon sehen.“

Darauf hat er nur gemauert. Ohne unnützen Lärm, ruhig und einfach, trat er zum Vorsitzenden der konstituante — Ughernow, legte die Hand auf dessen Schulter und erklärte, daß er die Versammlung erjuche, nach Hause zu gehen, da seine Leute müde geworden seien.

Ohne den geringsten Widerstand zu leisten, erhoben sich die lebendigen Kräfte“ des Landes von ihren Eichen und verschwand.

So beschloß das lang erwartete Allrussische Parlament sein Dasein. Aber im Grunde genommen war es schon am 25. Oktober gestorben. Genosse Schelesnjakow führte nur den Befehl der Oktoberrevolution aus.

detals
Horen
P r o
ig Dr.
tung,
lenn,
haus,
Dres
Dres
Herr
abrr
3. a)
Faz
Lage
tana
Reife
Küh
wend
hella
Wit
eit),
hzer
ind

der
ich
t Be
tanz
s die
plu
itua
Wol
len
eben
Prin
Lern
al in
den
Till
Juli
Hilf
y nie
dne
dne
Klop
i in
abst
in der
G. H
er
mit

der
ich
t Be
tanz
s die
plu
itua
Wol
len
eben
Prin
Lern
al in
den
Till
Juli
Hilf
y nie
dne
dne
Klop
i in
abst
in der
G. H
er
mit

der
ich
t Be
tanz
s die
plu
itua
Wol
len
eben
Prin
Lern
al in
den
Till
Juli
Hilf
y nie
dne
dne
Klop
i in
abst
in der
G. H
er
mit

der
ich
t Be
tanz
s die
plu
itua
Wol
len
eben
Prin
Lern
al in
den
Till
Juli
Hilf
y nie
dne
dne
Klop
i in
abst
in der
G. H
er
mit

Aus den Gewerkschaften

Mehr Aktivität in der Gewerkschaftsfrage

Mit allem Nachdruck hat die Partei darauf hingewiesen und die Reichsleitung gefordert, daß jedes Mitglied der Partei auch gleichzeitig Mitglied einer freien gewerkschaftlichen Organisation sein muß, daß jedes Mitglied der Partei verpflichtet ist, innerhalb dieser Organisation mitzuarbeiten, um diese zu wirklichen Organen des Massenkampfes auszugestalten. Und heute mehr denn je erweist es sich, daß diese Arbeit eines jeden Parteigenossen zu den wichtigsten Aufgaben gehört, die vor den Einzelnen gestellt sind, die ihm gleichzeitig eine große Verantwortung auferlegen, weil von der Durchführung der politischen Aufgaben unendlich viel für die gesamte Arbeiterklasse abhängt.

Die Macht der Unternehmer, der Bourgeoisie, die durch die Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten eine ungeheure Verschärfung erfahren, die sich äußert in den Angriffen, die die Unternehmerorganisationen und ihre Regierung gegen die Lohn- und Arbeiterorganisationen der Arbeiterklasse richten. Diese Angriffe werden keine Abwägung erfahren, sondern werden noch in verstärkter Weise fortgeführt werden. Immer mehr greift in der Arbeiterklasse der Gedanke um sich, daß diesen Angriffen nur begegnen kann, wenn es gelingt, die einheitsartige Gewerkschaftsbewegung nicht nur im nationalen, sondern ganz besonders auch im internationalen Maßstab zu verwirklichen.

Als besondere Gegner dieser unbedingt notwendigen Maßnahmen haben sich die Führer des ADGB, die Führer der freien Gewerkschaften erwiesen. Sie, die während der letzten sechs Jahre kampfflos die Organisationskräfte der Arbeiterklasse preisgegeben haben, müssen und müssen auch jetzt alles tun, um das Entstehen der revolutionären Einheitsfront zu verhindern, weil sie wissen, daß, wenn dieses Tausende wird, die Arbeiterklasse sich nicht weiter zurückhalten lassen wird, ihre Forderungen auch mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen.

Nach immer haben sie es verstanden, Millionen von Arbeitern hinter ihre Auffassung zu bringen, doch es möglich ist, auf dem von ihnen vorgeschlagenen Wege eine Veränderung in der Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen, aber Tatsachen werden eine harte Sprache. Und die Tatsachen sind, daß trotz ihrer Maßnahmen, trotz der staatlichen Schlichtungsstellen usw. der Arbeitsstand nicht zurückerobert wird, die Löhne weiter sinken, die Angriffe der Regierung und der Großindustriellen sich verschärfen.

Es muß deshalb die Aufgabe unserer Genossen sein, in den Gewerkschaften diese Fragen aufzurollen, und niemals ist eine bessere Gelegenheit dazu, als jetzt, wo in vielen Organisationen deren Paragrafen, die Verhandlungsorgane, einberufen sind, wo in allen gewerkschaftlichen Fragen Stellung genommen werden soll und wo es nun gelten muß, bei den Wahlen der Delegierten dafür zu sorgen, daß Mitglieder entsandt werden, die auf diesen Tagungen den Kampf gegen die bisherige gewerkschaftliche Politik durchzuführen gemittelt sind.

Ebenso ist zum 21. August der Gewerkschaftskongress des ADGB einberufen, wo ebenfalls zu der Linie Gewerkschaftsbewegung Stellung genommen werden wird. Werden all die Fragen jetzt nicht genügend in den Mitgliederversammlungen besprochen, legt nicht jeder einzelne Genosse und überhaupt jeder in Opposition stehende Arbeiter und Angestellte seine ganze Kraft ein, um eine Klärung über die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung unter den Mitgliedern herbeizuführen, kann nicht es den Reformisten möglich sein, unter Ausnutzung aller ihnen zu Gebote stehenden demagogischen Mittel, auf den Verhandlungen und auch auf dem Gewerkschaftskongress Beschlüsse herbeizuführen zu können, die ihre bisherige Politik bekräftigen und sie in den Stand setzen, ihre für die Arbeiterklasse verderbliche Tätigkeit noch weiterhin durchzuführen zu können.

Deshalb gilt es jetzt, alle Kräfte zu bündeln, die eng verbunden in den Forderungen aufzunehmen, die Beschlüsse und Entschlüsse auszuarbeiten, die Aufstellung von Kandidaten vorzubereiten, nur so wird es gelingen, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen auszugestalten.

Den proletarischen Mitgliedern von Wohnungsbaubereinen und Siedlungsgenossenschaften zur Beachtung!

Wie ein besonders brutaler Unternehmer, der die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt und die Vertreter proletarischer Interessen maßregelt und aus seinem Vertriebe hinauswirft, hat sich die Firma W. Kunath entpuppt. Wir haben bereits in der Nr. 31 vom Mittwoch, den 18. Mai, unter der Überschrift: „Ein Bräun den Mauern bei der Firma Kunath“ gezeigt, wie die Firma versucht, die Interessenvertreter der Arbeiter auf die Straße zu werfen. Wie uns bekannt, übt die Firma Kunath Arbeiten für Wohnungsbaubereine aus, in denen die Arbeiter als Mitglieder dieser Organisation vorwiegend zu bestimmen haben. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß es für jeden Arbeiter eine Selbstverständlichkeit sein sollte, soweit er Mitglied in einem solchen Bau- oder Siedlungsbereine ist, darauf hinzuwirken, daß bei der Vergebung von Arbeiten solche Schurkmacher von vornherein ausgeschlossen werden.

Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation

Auf den Ende dieser Woche erscheinenden offiziellen Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation sind bisher 6785 Bestellungen auf Zeichnungen eingegangen. Zahlreiche Betriebe, Belegschaften, aber auch Ortsvereine der Gewerkschaften und sogar Ortsgruppen der SPD, haben kollektive Zeichnungen aufgegeben. Bekanntlich erhält jeder Zeichner das umfangreiche Werk mit einem wesentlichen Rabatt, er erhält das Buch anstatt für 2,70 für nur 1,20 RM. Der Nachdruckstermin für die Listen ist auf den 31. Mai verlängert worden. Jeder, der noch nicht bestellt hat, hole sofort das Verfügbare nach. Listen sind zu senden an Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8, Unter den Linden 11.

Sitz die internationale Gewerkschaftseinheit

In der Rainnummer der von Purcell, Kimmer und anderen namhaften Gewerkschaftlern in London herausgegebenen Zeitschrift „Trade Union Unity“ (Die Gewerkschaftseinheit), die der Propaganda für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dient, befindet sich unter anderem ein Aufruf des Genossen Tomasi, Vorsitzenden des allrussischen Gewerkschaftsrates, in dem er unter anderem schreibt:

Wir erkliden in dieser Zeitschrift eine harte Waffe für die Einheit der Arbeiterbewegung. Die russische Delegation hebt darin den ersten Schritt und den ersten Schritt zu einem offenen Forum für alle, die die internationale Arbeiterbewegung unterstützen. Die Zeitschrift wendet sich an alle, denen die Einheit im Massenkampf des Proletariats tönen ist. Wir haben euch um unsere herzlichsten Wünsche und wünschen, daß euer Organ zu einem Kollaborationsorgan der gesamten Arbeiterwelt wird.“

Der Herausgeber, der englische Gewerkschaftsführer George Hyde, wendet sich an die Freunde der Zeitschrift mit der Bitte, im Interesse des Kampfes für die internationale Gewerkschaftseinheit für die Verbreitung der Zeitschrift und für die Sammlung eines Kampffonds zu sorgen.

(Adresse: Trade Union Unity, 162, Fudingham Terrace Road, London E.P. 1.)

Achtung - Gemeindevorsteher Dörschke.
Jeden Mittwoch nachm. 4-7,30 Uhr finden Sprechstunden des Kommunalen Beirats im Parteisekretariat Jakobsgasse 15 statt.
Bez.-Zeitung D.-S.

KPD Versammlungs-Kalender

Achtung! Genossen von Groß-Dresden! Photographien von der Maidemonstration sind im Sekretariat Jakobsgasse 15 zu haben.
KPD, Griesen. Am Mittwoch, den 3. Juni, abends 7,30 Uhr findet im „Glosterhof“ eine erweiterte Bezirksleitung statt, einschließlich Kollaboranten. Am Freitag, den 5. Juni, abends 7,30 Uhr findet in Blagow, „Ablers Vereinshaus“, Jockemithers Straße 7, Saal, 1. Etage, eine außerordentliche Bezirksmitgliederversammlung statt. Tagesordnung wichtig. Erscheinen ist Pflicht.

Bereinskalender

KPD Zentrum, Dienstag, den 2. Juni, abends 7,30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant „Palmbaum“, Freiburger Straße 12.
Ortsgruppe Großpölsitz und Umgebung. Monatsversammlung, Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr im Dillen Gasthof, Großpölsitz. Müssen lassen! Sympathisierende mitbringen! - Sonnabend, den 20. Juni: Roter Tag in Cunewalde. Alle Kameraden fahren entweder 5 Uhr nachmittags vom Bahnhof Großpölsitz ab oder treffen sich 5,15 Uhr bei Haltestelle Halberstadt am Einmarsch nach Cunewalde. - Sonntag, den 12. Juli, früh 7 Uhr, Stellen zum Treffen mit KPD-Kameraden auf dem Rönchswald.
- **Achtung!** Fußballturnier! Fortsetzung desselben Sonnabend den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, Platz Rößlau.
Dresdner Sportverein 1910, Sportplatz Vahrenheims, Septemb. Sportgenossen! Am 17. Juli d. J. beginnt die Platzwoche. Es ist dringende Pflicht eines jeden Vereinsmitgliedes, die 5 Pflichtstunden pro Woche zu arbeiten. Jeder Sportgenosse auf seinen Posten. Bei intensiver Arbeit ist es nicht schwer, den Platz bis zum genannten Tage fertigzustellen. Die Beachtung der Pflichtstunden darf nicht aufgeschoben werden, die Geb. der Arb. wöchentlich pünktlich an den Kassierer abzuführen.
Turnverein „Die Naturfreunde“, Dresden. Bes. wohnungsbau 2. Juni, 8 Uhr Geschäftsstelle. Mitgliederversammlung 4. Juni, 8 Uhr Volkshaus. - Vortragsreihe 5. Juni, 8 Uhr Volkshaus über Arbeiten nach Frankfurt. - Jugendbildung 2. Juni, 8 Uhr Volkshaus über Geographie. - Polit. u. 4. Juni, 8 Uhr Volkshaus über Gen. Rentz. - Seltener 4. Juni Monatsversammlung. - Brionth-Coffchaude, 4. Juni Wiedersehen.
Der Arbeiterjugendbund, Bezirk Dresden, veranlaßt am Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 8 Uhr, in der „Jungen Heide“ (auf dem Sportplatz rechts hinter „Wider Mann“) ein Feiertags-Wahlkonzert unter Mitwirkung des Dresdener Arbeiterorchesters. Zur Ausführung gelangen Vorträge für Männer, Frauen und gemischte Chöre, sowie Männerchöre mit Hornbegleitung. Zur Deckung der Kosten werden für Programmhefte und Viedertakte nur 20 Pf. erhoben.
Arbeiterparade!
Die Ausweichungskampfe für die Olympiade in Frankfurt finden am 20. bis 21. Juni in Dresden auf der Hauptkampfbahn statt. Da am letzten Tage das nationalsozialistische Generekt auf der Baugröße ist, sind von selbigen sämtliche Hebernachmittage schon belegt. Es ist nun unsere Pflicht, die Wettkämpfer in Privatquartiere unterzubringen. Wir erlöchen deshalb alle Turngenossen und Genner der Arbeiter-Sportbewegung die für diesen Tag ein Post frei haben, dies zu melden bei Max Richter, Dresden W., Friedensstraße 27, 3.
Freizeit-Niederhöchlich. Der Turnverein „Potential“ begeht vom 20.-22. Juni d. J. sein 50jähriges Vereinsjubiläum. Gleichzeitig feiert die Sängerkabarett dieses Vereins ihr 20-jähriges Stiftungsfest. Diese Tage müssen gewaltige Kundgebungen d. gesamten Arbeitersportes im Völkischen Grunde werden. Klant doch die deutsche Turnerschaft kurze Zeit vor diesem Freie im Ostteil Niederhöchlich anlässlich der Sportwoche einen großen Kummel. Es gilt vor allem, den Gästen zu beweisen, daß der Arbeitersport in Freital die Führung hat.

Theater am Wasaplatz
Heute und folgende Tage:
Das silberne Kaninchen!
Lustspiel in 3 Akten von Alfr. Möller
Beginn Wochentags 8½ Uhr, Sonntags 7½ Uhr
Der große Lacherfolg!

Englische Gewerkschaftler in Sowjetrußland
Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland November-Dezember 1924
erscheint in deutscher Sprache Mitte Mai. Umfang 270 Seiten. **Volksausgabe** bei Bestellung auf M.1,80
nebst zahlreichen Illustrationen und Karten. - Preis der Subscriptionsliste nur M.1,80
Näheres durch: **NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W8, UNTER DEN LINDEN 11**

Tymians Täglich
Das Thalla- 8 Uhr
einziges wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

ANZEIGEN
haben den denkbar besten Erfolg in der **ARBEITERSTIMME**

N. LENIN
Die Kinderkrankheit des „Radikalismus“ im Kommunismus
Neu herausgegeben, eingeleitet und mit Erläuterungen und Anmerkungen versehen von **A. MASLOW**
Diese für die Bolschewisierung der Partei wichtigste Schritt ist eine der besten Arbeiten Lenins. An Hand langjähriger Erfahrungen der KPR zeigt hier Lenin, wie eine bolschewistische Partei es verstehen muß, revolutionäre Festigkeit mit größter Beweglichkeit zu vereinigen, mit dem Ziele, die Massen des Proletariats zum Kampf und zum Siege zu führen.
Jeder Parteigenosse muß sich dieses billige Buch mit den glänzenden Anmerkungen des Genossen Maslow kaufen und es studieren.
214 Seiten. Preis 1,- M.
Zu beziehen durch alle Literaturobleute und kommunistische Buchhandlungen.
Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Berlin SW 41 G.m.b.H. Dänischer 17

Gritzner- und Köhler-Nähmaschinen:
Die führenden Weltmarken
Über 4 Millionen im Gebrauch
Alles Zubehör für Nähmaschinen - Gam Oel - Stüppapparate - Stopp- u. Stützgam
Auf Wunsch Zahlunzeilechtung, bei Barzahlung Rabatt
Reparatur-Werkstatt
Arthur Fritsch
Wallstraße 23

„PEUVAG“
Papier-Einkaufs- u. Verwertungs-A.-G.
Druckeffiziale Dresden, Güterbahnhofstr. 2
Herstellung sämtlicher Drucksachen
Spezialität: Zeitschriften und Werke
Satz- und Rotationsmaschinenbetrieb
Akzidenzarbeiten in moderner und geschmackvoller Ausführung

Allgem. Mietbewohnerverein Dresden
Vertreterversammlung
(Jahreshauptversammlung)
nach § 8 der Satzung
Montag, den 16. Juni 1925 8 Uhr abends
im Hotel „Palmgarten“, Dalmatische Str.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Jahresbericht.
2. Entlassung des Vorstandes.
3. Prüfung der a) bei der Vorstandes b) der Kassenbücher.
4. Beratung der eingegangenen Briefe.
5. Bericht über die fünfjährige mietrechtliche Arbeit des Bundes.
Allgem. Mietbewohnerverein Dresden
ges. E. Herrmann, ges. 23. Orsb.

G. Herrmann
Dresdner-Str. 20
Görlitzer Straße 30
Zittau Möbel
Spiegel und Polsterwaren jeder Art auch gegen bequeme Teilzahlung
1843 kaufen Sie am vorteilhaftesten im **Möbelhaus Rosenbaum Zittau**
Innere Oyblner Str. 6
Kredit auch nach voraus

Bauzweck Bauzweck
Reelle Bedienung - solide Preise
Fahrräder Nähmaschinen
und fachgemäße Reparaturen
Neuer Platzschmann, Wiltshenerstr. 43
Wetter dem Friseur Gasthof, Wiltshener Str. 43

WILLY SCHAELLER
vormals Heinrich Schaeffer
WEISS- u. WOLLWAREN / Spez.: TRIKOTAGEN
DRESDEN-N. Gegründet 1892 - Telefon 2312
LEIPZIGER STR. 4